



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

19. Jahrgang · Heft 9

September 1967

Grafik des Monats: Wirtschaftsdaten der Kreise

Aufsätze: Strafurteile 1965
Ausfuhr 1964-1966
Preise von Agrarprodukten

Kurzberichte: Wohnverhältnisse der Vertriebenen
Kriegsopferversorgung
Schlepper

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT

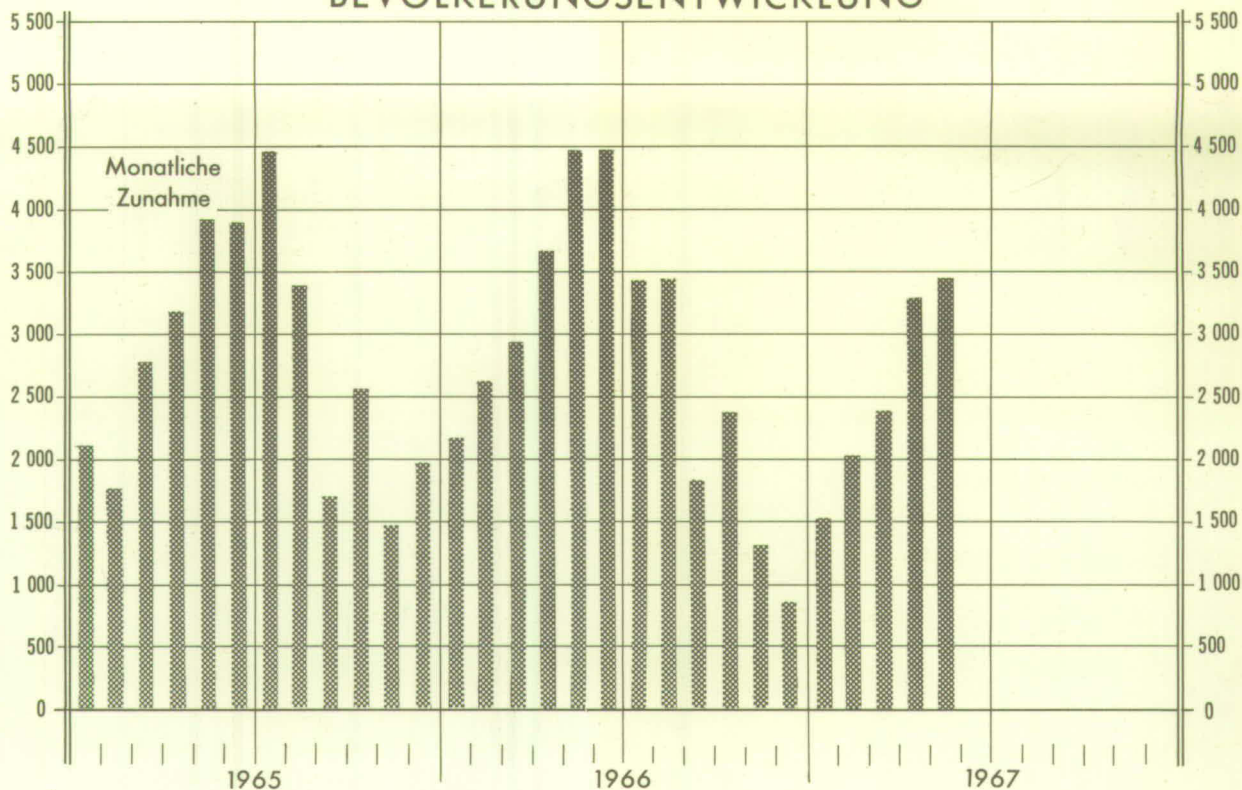


Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



D-3781

STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE





STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

19. Jahrgang · Heft 9

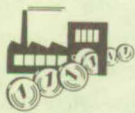
September 1967

Aktuelle Auslese



Geringer Produktionsrückgang in der Industrie

Im ersten Halbjahr 1967 wurden etwas weniger Industrieerzeugnisse (- 1,4 %) in Schleswig-Holstein hergestellt als in der gleichen Zeitspanne vor einem Jahr. Nur die Gruppe Nahrungs- und Genußmittel vermochte ihre Produktion noch leicht zu erhöhen (+ 1,3 %).



Weiterhin hohe Industrieumsätze

Die schleswig-holsteinische Industrie setzte im ersten Halbjahr 1967 Güter im Werte von 4,7 Mrd. DM um. Das sind 4,6 % mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Jahres 1966. Damit wurde zwar die Zuwachsrate des Vorjahres (+ 6,4 %) nicht erreicht, die auf Grund der Produktionsentwicklung zu erwartende Stagnation der Umsätze trat aber nicht ein. Die Umsatzsteigerung ist hauptsächlich auf höhere Inlandsumsätze (1. Halbjahr 1967: 4,0 Mrd. DM) zurückzuführen, die um 4,2 % ausgedehnt werden konnten. Aber auch die Ausweitung des Exportgeschäfts (+ 7,4 %) hat daran einen nennenswerten Anteil.

Die Umsatzsteigerung gewinnt noch an Gewicht, wenn berücksichtigt wird, daß im ersten Halbjahr 1967 7 500 Industriearbeiter (- 5,4 %) weniger beschäftigt waren und sogar 7 % weniger Arbeiterstunden geleistet wurden als im ersten Halbjahr 1966.



Nur leichte Belegung im Bauhauptgewerbe

Im Durchschnitt der ersten sechs Monate 1967 wurden in Schleswig-Holstein rund 57 700 Personen im Bauhauptgewerbe beschäftigt, 13 % weniger als im gleichen Zeitraum 1966. Ende Juni 1967 waren zwar 4 300 Erwerbstätige mehr beschäftigt als im Februar, dem

Monat mit dem niedrigsten Beschäftigtenstand in diesem Jahr, der Rückstand gegenüber Juni 1966 betrug aber immer noch 12 %. Während die Zahl der Hilfsarbeiter im Juni 1967 um 4 800 (- 23 %) unter der vom Juni 1966 lag, hatte die der Facharbeiter nur um 2 600 (- 7 %) abgenommen.



Über 80 % der Abiturienten wollen studieren

Von den Jugendlichen, die die Gymnasien Schleswig-Holsteins mit dem Abitur verlassen, beabsichtigen über 80 % zu studieren. Dieser Anteil hat sich in den letzten Jahren wenig verändert. Nach der statistischen Erhebung im Februar 1967 war er bei den Abiturienten niedriger als bei den Abiturientinnen:

Ausbildungsstätte	Von 100	
	Abiturienten wollen studieren	Abiturientinnen
Universität	59	45
Technische Hochschule	14	1
Pädagogische Hochschule	4	36
Hochschule für Musik, Sport, bildende Künste usw.	5	5
Insgesamt	81	87



282 Kinder fanden ein Zuhause

Im Jahre 1966 wurden in Schleswig-Holstein durch Vermittlung der Jugendämter 282 Kinder rechtskräftig adoptiert, darunter 6 von Ausländern. Ende 1966 waren noch 189 Minderjährige zur Adoption vorgemerkt. Andererseits waren 222 Adoptionsstellen vorhanden, für die noch kein Kind vorgeschlagen werden konnte.

INHALT 9/67

	Seite
Aktuelle Auslese	193
Aus dem Inhalt ,	194-195
Aufsätze	
Rechtskräftige Urteile	
● Strafsachen 1965	196-206
Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins 1964 bis 1966	206-210
Die Entwicklung der Erzeuger- und Großhandelspreise für Agrarprodukte im Jahre 1966	210-212
Kurzberichte	
Die Wohnverhältnisse der Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ	212-213
Kriegsopferversorgung 1963 und 1966	213-215
Schlepper in der Landwirtschaft	215-216
● Grafik des Monats	204-205
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A - allgemein - 3. Umschlagseite	

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 4/1967

Öffentliche Jugendhilfe
Sportstätten
Umsätze im Gastgewerbe 1966
Obstbäume 1965
Zwischenfrüchte 1966

Heft 5/1967

Bruttoinlandsprodukt 1950—1965
Volksschule von gestern bis heute
Ernten 1966
Preise im Gastgewerbe 1965
Brände 1966

Heft 6/1967

Landtagswahl 1967
Schichtung der Lohnsteuerpflichtigen
Viehbestände 1966
Bruttoinlandsprodukt der Landwirtschaft
Spitzengehälter 1965
Handwerk 1966/67

Heft 7/1967

Landtagswahl, Alter und Geschlecht
Blumen- und Zierpflanzenanbau
Öffentliche Wasserwirtschaft
Kriegsopferfürsorge

Heft 8/1967

100 Jahre Kreise
Ehescheidungen
Weinbestände 1962—1966
Preisindex für Agrarprodukte

Aus dem Inhalt

Strafurteile 1965

Seite 196

Im Jahre 1965 wurden von den ordentlichen Gerichten Schleswig-Holsteins rund 24 000 Personen rechtskräftig abgeurteilt, und zwar 21 000 nach dem allgemeinen Strafrecht und 3 000 nach dem Jugendstrafrecht. Von den nach allgemeinem Strafrecht Abgeurteilten wurden 88 % und von den nach dem Jugendstrafrecht Abgeurteilten 93 % verurteilt. Von 100 000 strafmündigen männlichen Einwohnern Schleswig-Holsteins wurden 2 159 verurteilt, von 100 000 strafmündigen Mädchen und Frauen dagegen nur 199. An den rechtskräftigen Urteilen gemessen, war die Straffälligkeit der männlichen Bevölkerung elfmal so groß wie die der weiblichen. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Altersgruppen sind dabei groß. Während von 100 000 Erwachsenen 1 028 und von 100 000 Jugendlichen 1 062 verurteilt wurden, beläuft sich diese Ziffer bei den Heranwachsenden auf mehr als das Doppelte, nämlich auf 2 703.

Nach allgemeinem Strafrecht wurden 18 421 Personen verurteilt, und zwar 17 332 Erwachsene und 1 089 Heranwachsende. Auf 100 nach allgemeinem Strafrecht verurteilte männliche Erwachsene und Heranwachsende kamen nur 11 weibliche Verurteilte. 6 961 Angeklagte erhielten eine Freiheitsstrafe, 11 460 eine Geldstrafe als schwerste Strafe; denn Hauptstrafen können auch nebeneinander angeordnet werden. Die Gefängnisstrafe ist die am häufigsten angeordnete Freiheitsstrafe. Sie wurde 6 213 mal verhängt, 3 585 mal wurde sie jedoch zur Bewährung ausgesetzt. Zu Zuchthaus wurden 63 Erwachsene verurteilt. Die meisten Urteile lauteten auf höchstens drei Jahre.

1965 wurden 1 380 Jugendliche und 1 467 Heranwachsende nach dem Jugendstrafrecht verurteilt. Gegen die 2 847 Straffälligen wurden 3 920 Erziehungsmaßregeln, Zuchtmittel und Jugendstrafen verhängt. Auf 100 Verurteilte entfielen somit 138 Maßnahmen und Jugendstrafen. 272 mal mußten von den Gerichten Erziehungsmaßregeln angeordnet werden und in 3 382 Fällen Zuchtmittel. In 266 Fällen wurde Freiheitsentzug in einer Jugendstrafanstalt angeordnet. Am häufigsten waren Strafen zwischen sechs und zwölf Monaten.

Wegen eines Vergehens im Straßenverkehr oder einer mit Entzug der Fahrerlaubnis oder Verhängung eines Fahrverbots verbundenen Übertretung der Straßenverkehrsordnung oder Straßenverkehrszulassungsordnung wurden 1965 11 083 Personen verurteilt. Bezogen auf 100 000 Gleichaltrige ergab sich für die 18- bis 20jährigen die höchste Verurteiltenziffer. Sie betrug 1 243 und war mehr als doppelt so hoch wie die Ziffer der Erwachsenen (566) und fast fünfmal so hoch wie die Ziffer für die Jugendlichen (273). Von den im Straßenverkehr straffällig gewordenen Erwachsenen wurden mehr als die Hälfte nach Paragraphen des Strafgesetzbuches verurteilt. Von allen Verstößen führte die fahrlässige Körperverletzung am häufigsten zu einer Verurteilung.

1965 und auch schon 1964 wurden von den schleswig-holsteinischen Gerichten mehr Angeklagte wegen eines Verstoßes im Straßenverkehr als wegen eines sonstigen Delikts verurteilt. Wegen eines nicht gegen den Straßenverkehr gerichteten Verstoßes wurden 1965 10 185 Personen verurteilt. Mehr als ein Drittel dieser Verbrechen und Vergehen machten Diebstahl und Unterschlagung aus.

Ausfuhr 1964-1966

Seite 206

Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins hat seit Kriegsende stetig zugenommen. Im Jahre 1950 betrug ihr Wert 87 Mill. DM. Nachdem 1960 bereits die Milliarden-Grenze überschritten und 1964 ein Exportwert von 1 153 Mill. DM erzielt worden war, stieg die Ausfuhr im Jahre 1965 auf 1 360 Mill. DM und erreichte 1966 mit 1 645 Mill. DM den höchsten Stand seit Kriegsende. Der Anteil Schleswig-Holsteins an der Ausfuhr der Bundesrepublik liegt bei etwa 2 %. Die Ausfuhrwerte je Einwohner erreichten in Schleswig-Holstein nur knapp die Hälfte der Durchschnittswerte des Bundes. Die Höhe des schleswig-holsteinischen Exports hängt entscheidend von dem Wert der jeweiligen Schiffsablieferungen ab.

Von der Ausfuhr Schleswig-Holsteins im Jahre 1966 in Höhe von 1 645 Mill. DM entfielen 8 % auf Güter der Ernährungswirtschaft und 92 % auf die Güter der gewerblichen Wirtschaft. Spitzenstellungen in der Exportindustrie nahmen die Schiffbauindustrie und die Maschinenbauindustrie ein. Beide vereinigten 1966 knapp 54 % der Gesamtausfuhr auf sich.

Über drei Viertel des schleswig-holsteinischen Exports gingen 1966 in europäische Länder. Asien nahm 10 % der Ausfuhr auf, Amerika 8 %, Afrika 3 %, und 0,6 % der Ausfuhr gingen nach Australien und Ozeanien. Größter Abnehmer schleswig-holsteinischer Exportgüter in Europa war in den letzten Jahren Norwegen. Wichtigster Handelspartner der schleswig-holsteinischen Wirtschaft außerhalb Europas sind die USA.

Die in der europäischen Freihandelszone zusammengeschlossenen Länder sind die weitaus bedeutendsten Handelspartner Schleswig-Holsteins. 1966 wurden in die EWG-Länder Waren im Werte von 350 Mill. DM ausgeführt. Der Export in die Länder der EFTA erreichte mit 665 Mill. DM fast das Doppelte. Das hat seinen Grund in der Tatsache, daß die bedeutenden Kunden der schleswig-holsteinischen Werften Reedereien mit Sitz in den zur EFTA gehörenden Ländern Norwegen, Dänemark und Schweden waren. Anders als in den übrigen Bundesländern sind in Schleswig-Holstein die Handelsbeziehungen zu den Ländern der EFTA erheblich enger als mit den Ländern der EWG.

Im Jahre 1966 sind von den erfaßten und vergleichbaren Erzeuger- und Großhandelspreisen für Agrarerzeugnisse 59 % gestiegen und 41 % zurückgegangen. Der für 1965 festgestellte allgemeine Preisauftrieb hat sich somit merklich abgeschwächt, was hauptsächlich auf ein größeres Angebot zurückzuführen ist. Im Jahresmittel haben sich die Preise für Kartoffeln, Rotbuchenstammholz, Ferkel, Schlachtschweine und -schafe, Seefische, Mehl und Käse gegenüber 1965 erhöht. Die Preise für Nutz- und Schlachtrinder, Schlachtkälber, Vollmilch, Eier und Äpfel sind dagegen mehr oder weniger stark zurückgegangen.

Seite 212

Wohnverhältnisse der Vertriebenen

Im Herbst 1965 wurden in Schleswig-Holstein von der Wohnungsstichprobe 726 000 Inhaber von Normalwohnungen ermittelt. Hierunter waren 228 000 (31 %) Vertriebene und Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone. Im Landesdurchschnitt waren von den Wohnungsinhabern 61 % Besitzer einer Mietwohnung und 39 % Eigentümer einer Wohnung. Unter den Wohnungsinhabern von Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ waren dagegen 67 % Besitzer einer Mietwohnung und nur 33 % Eigentümer. Durchschnittlich wurde eine Flüchtlingswohnung von 3,1 Personen und eine Wohnung, deren Inhaber zu den übrigen Haushaltsvorständen zählt, von 3,0 Personen bewohnt.

Ende 1966 gab es in Schleswig-Holstein 116 000 Versorgungsberechtigte nach dem Bundesversorgungsgesetz, wobei die 1 800 Elternpaare als Einzelpersonen, d. h. doppelt gezählt sind. Das waren 7 % weniger als Ende 1963. Von den Ende 1966 anerkannten Versorgungsberechtigten waren 39 % Beschädigte und fast die Hälfte Witwen. Der Anteil der Waisen und Elternteile, der 1963 15 % ausmachte, ist bis Ende 1966 auf 13 % gesunken. In Schleswig-Holstein kamen Ende 1966 auf 1 000 Einwohner 47 Versorgungsberechtigte. Der gesamte Rentenaufwand in Schleswig-Holstein ist in den letzten Jahren gestiegen. Während 1963 noch 153 Mill. DM für Beschädigten-, Hinterbliebenen- und Elternrenten aufgebracht werden mußten, waren es 1966 205 Mill. DM.

Schlepper

Seite 215

1965 wurden in Schleswig-Holstein 54 200 Schlepper in der Landwirtschaft registriert. Davon waren 52 600 im Alleinbesitz landwirtschaftlicher Betriebe. Von diesen Schleppern hatten 15 % eine Nennleistung bis zu 17 PS und 25 % eine Nennleistung von 35 PS und mehr. Die Hälfte aller Schlepper war 1965 in mittelbäuerlichen Betrieben von 20 bis unter 50 ha LN zu finden. Während 1949 erst auf gut 200 ha LN ein Schlepper entfiel, kam 1960 ein Schlepper bereits auf etwa 30 ha LN und 1965 auf nur 22 ha LN.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Rechtskräftige Urteile in Strafsachen 1965

Im Jahre 1965 wurden von den ordentlichen Gerichten Schleswig-Holsteins 24 029 Personen rechtskräftig abgeurteilt, und zwar 20 979 nach dem allgemeinen Strafrecht und 3 050 nach dem Jugendstrafrecht. 21 268 Verfahren endeten mit einer Verurteilung, während in den übrigen 2 761 Fällen Freispruch erfolgte, das Gericht das Verfahren einstellte, von Strafe absah, selbständig auf Maßregeln der Sicherung und Besserung erkannte oder eine Überweisung an den Vormundschaftsrichter verfügte.

Von den nach allgemeinem Strafrecht Abgeurteilten wurden 88% und von den nach dem Jugendstrafrecht Abgeurteilten 93% verurteilt. Insgesamt ergibt sich eine Verurteiltenquote von 89%.

Die höchste Verurteiltenquote errechnet sich für die jugendlichen Abgeurteilten. Von ihnen wurden 94% verurteilt, von den Heranwachsenden 92% und von den Erwachsenen nur 88%. Diese Quoten entsprechen ungefähr denen für den Zeitraum der letzten zehn Jahre, wie die nachstehende Übersicht zeigt. Ein nennenswerter Unterschied ergibt sich nur für die Jugendlichen. Von jugendlichen Abgeurteilten sind von 1956 bis 1965 durchschnittlich nur 91% verurteilt worden.

Im Beobachtungszeitraum ist die Verurteiltenquote bis 1963 fast ständig leicht gestiegen. In den letzten beiden Jahren ist sie dagegen wieder etwas abgefallen. 1963 belief sie sich

noch auf 90%. Das leichte Anwachsen in den vergangenen Jahren hängt mit der steigenden Zahl der Verkehrssünder zusammen, für die sich eine höhere Verurteiltenquote ergibt. 1965 wurden 93% aller wegen eines Straßenverkehrsdeliktes Angeklagten verurteilt, von den übrigen Angeklagten dagegen nur 84%. Daher übersteigt 1965 die Zahl der wegen einer Verfehlung im Straßenverkehr Verurteilten die der übrigen Verurteilten auch um rund 900, obwohl wegen eines Straßenverkehrsdeliktes "nur" 11 902, wegen übriger Straftaten aber 12 127 Personen vor Gericht standen.

Verurteilte in % der Abgeurteilten

	Durchschnitt 1956 - 1965	1965
Erwachsene	87	88
Heranwachsende	91	92
Jugendliche	91	94
Insgesamt	88	89

Unter welcher Bevölkerungsgruppe ist der Anteil der Verurteilten besonders hoch? Diese Frage läßt sich mit Hilfe der Verurteiltenziffern beantworten. Sie zeigen z. B., daß von 100 000 strafmündigen männlichen Einwohnern im Berichtsjahr 2 159 verurteilt wurden, von 100 000 strafmündigen Mädchen und Frauen dagegen nur 199. An den rechtskräftigen Urteilen gemessen, ist die Straf-

Abgeurteilte 1965 nach der Art der Entscheidung

Art der Entscheidung	Abgeurteilte insgesamt		darunter wegen Straßen- verkehrsdelikten	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Nach allgemeinem Strafrecht				
Verurteilungen	18 421	88	10 240	93
Freisprüche	1 426	7	523	5
Einstellung des Verfahrens ¹	1 126	5	242	2
Maßregeln der Sicherung und Besserung ²	6	0	-	-
Zusammen	20 979	100	11 005	100
Nach Jugendstrafrecht				
Verurteilungen	2 847	93	843	94
Freisprüche	86	3	22	2
Einstellung des Verfahrens	109	4	32	4
Maßregeln der Sicherung und Besserung	3	0	-	-
Überweisung an den Vormundschaftsrichter	5	0	-	-
Zusammen	3 050	100	897	100
Insgesamt	24 029	.	11 902	.

1) einschließlich "von Strafe abgesehen"

2) selbständig, nach Einstellung des Verfahrens oder neben Freispruch

fälligkeit der männlichen Bevölkerung also rund 11 mal so groß, wie die der weiblichen. Da die weibliche Einwohnerschaft überwiegt, läßt sich dies Verhältnis nicht an den reinen Verurteiltenzahlen ablesen. 2 027 verurteilten Frauen stehen nämlich "nur" 19 241 verurteilte Männer gegenüber.

Groß sind die Unterschiede auch zwischen den einzelnen Altersgruppen. Während von 100 000 Erwachsenen im Berichtsjahr 1 028 und von 100 000 Jugendlichen 1 062 verurteilt wurden, beläuft sich diese Ziffer bei den Heranwachsenden auf mehr als das Doppelte, nämlich auf 2 703. Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich dabei ein deutlicher Rückgang: Bei den Jugendlichen fiel die Verurteiltenziffer von 1 256 um 15%, bei den Erwachsenen von 1 093 um 6% und bei den Heranwachsenden von 2 859 um 5%.

Noch höher als bei den Heranwachsenden liegt die Verurteiltenziffer der 21- bis 24jährigen. Von 100 000 dieser Gruppe wurden 2 982 rechtskräftig verurteilt. Die Ziffer sinkt mit steigendem Lebensalter. Für die 60 und mehr Jahre zählenden Einwohner lautet sie nur noch 163.

Bei der Berechnung der Verurteiltenziffern wurden die Verurteilten zur strafmündigen Bevölkerung in Beziehung gesetzt. Zuständig für die Aburteilung sind jedoch nicht nur die Gerichte, in deren Bezirken die Angeschuldigten zur Zeit der Klageerhebung ihren Wohnsitz haben, sondern u. a. auch die Gerichte, in deren Bezirken die strafbare Handlung begangen oder der Beschuldigte ergriffen wurde. Daraus folgt, daß sich unter den in unserem Lande Verurteilten auch Bürger anderer Bundesländer und Ausländer befinden. Andererseits werden Schleswig-Holsteiner aber auch außerhalb des Landes verurteilt.

Eine Sonderauszählung hat ergeben, daß von den in Schleswig-Holstein abgeurteilten Erwachsenen 86% und von den abgeurteilten Heranwachsenden rund 90% auch hier ihren Wohnsitz hatten. Die angeklagten Jugendlichen waren dagegen fast ausschließlich Schleswig-Holsteiner. Die errechnete Verurteiltenziffer dürfte also bei den Jugendlichen am aussagekräftigsten und bei den Heranwachsenden aussagekräftiger als bei den Erwachsenen sein. Ob sich die Zahl der auswärts verurteilten Schleswig-Holsteiner ungefähr mit der Zahl der in Schleswig-Holstein verurteilten Auswärtigen deckt, läßt sich leider nicht sagen.

Die nach allgemeinem Strafrecht Verurteilten
1965 mit ihren Hauptstrafen

Schwerste Strafe	Insgesamt	Verurteilt		Erwachsene	Heranwachsende
		männlich	weiblich		
Geldstrafe	11 460	10 240	1 220	10 656	804
dar. anstelle einer Freiheitsstrafe (§ 27b StGB)	1 537	1 151	386	1 461	76
Haft	641	632	9	606	35
dar. Strafaussetzung zur Bewährung	432	427	5	403	29
Strafarrest	44	44	—	34	10
Gefängnis	6 213	5 680	533	5 973	240
dar. Strafaussetzung zur Bewährung	3 585	3 192	393	3 416	169
bis einschl. 1 Monat	3 187	2 875	312	3 075	112
dar. Strafaussetzung zur Bewährung	2 317	2 056	261	2 228	89
mehr als 1 bis einschl. 3 Monate	1 566	1 454	112	1 503	63
dar. Strafaussetzung zur Bewährung	759	685	74	712	47
mehr als 3 bis einschl. 9 Monate	1 116	1 024	92	1 064	52
dar. Strafaussetzung zur Bewährung	509	451	58	476	33
mehr als 9 Monate bis einschl. 1 Jahr	135	127	8	130	5
mehr als 1 Jahr bis einschl. 2 Jahre	175	166	9	168	7
mehr als 2 Jahre bis einschl. 5 Jahre	34	34	—	33	1
Zuchthaus	63	60	3	63	—
bis einschl. 2 Jahre	22	20	2	22	—
mehr als 2 bis einschl. 3 Jahre	24	23	1	24	—
mehr als 3 bis einschl. 5 Jahre	8	8	—	8	—
mehr als 5 bis einschl. 15 Jahre	8	8	—	8	—
lebenslänglich	1	1	—	1	—
Insgesamt	18 421	16 656	1 765	17 332	1 089

Die Entscheidungen der Gerichte

Nach allgemeinem Strafrecht wurden 18 421 Personen verurteilt, und zwar 17 332 Erwachsene und 1 089 Heranwachsende, 16 656 waren männlichen und 1 765 weiblichen Geschlechts. Auf 100 nach allgemeinem Strafrecht verurteilte männliche Erwachsene und Heranwachsende kommen demnach nur 11 weibliche Verurteilte. 6 961 Angeklagte erhielten eine Freiheitsstrafe, 11 460 eine Geldstrafe als schwerste Strafe; denn Hauptstrafen können auch nebeneinander angeordnet werden. In über sechs Zehntel aller Fälle lautete das Urteil somit auf eine Geldstrafe. 1 537mal sprach das Gericht diese Strafe anstelle einer nach sich verwirkten Freiheitsstrafe von weniger als 3 Monaten aus, da es der Meinung war, daß der Strafzweck durch eine Geldstrafe erreicht werden konnte. Jeder siebenten Geldstrafe lag damit der § 27b des Strafgesetzbuches zugrunde. Von den weiblichen Verurteilten wurden prozentual mehr mit einer Geldstrafe belegt als von den männlichen, ebenfalls von den heranwachsenden Verurteilten mehr als von den erwachsenen.

641 Personen, das sind nicht einmal 4% aller Verurteilten, erhielten eine Haftstrafe zwischen einem Tag und 6 Wochen. In 432 Fällen (67%) wurde sie jedoch zur Bewährung ausgesetzt. Von den zu einer solchen Strafe verurteilten Heranwachsenden brauchten nur ein Sechstel sie anzutreten. Daß sich unter den 641 Verurteilten nur 9 Frauen befanden, hängt damit zusammen, daß die Mehrzahl der Haftstrafen wegen einer Übertretung von Vorschriften der Straßenverkehrsordnung oder Straßenverkehrszulassungsordnung ausgesprochen wurden, die fast ausschließlich männliche Verurteilte verletzen.

Die Gefängnisstrafe ist die am häufigsten angeordnete Freiheitsstrafe. Sie wurde 6 213mal verhängt, also gegen jeden dritten Verurteilten. 3 585mal wurde sie jedoch zur Bewährung ausgesetzt. Während von den Erwachsenen 57% von dem Vollzug der Gefängnisstrafe verschont blieben, brauchten von den zu Gefängnis verurteilten Heranwachsenden sogar 70% die Strafe nicht anzutreten. Von den männlichen Verurteilten erhielten

Maßnahmen und Jugendstrafen 1965

Maßnahme oder Strafe	Maßnahmen und Strafen insgesamt	davon gegen	
		Jugendliche	Heranwachsende
Erziehungsmaßregeln	272	185	87
Erteilung von Weisungen	218	148	70
Erziehungsbeistandschaft	28	18	10
Fürsorgeerziehung	26	19	7
Zuchtmittel	3 382	1 595	1 787
Verwarnung	990	496	494
Auferlegung besonderer Pflichten	995	352	643
darunter Zahlung eines Geldbetrages	837	267	570
Wiedergutmachung	82	31	51
Jugendarrest	1 397	747	650
Freizeitarrrest	677	444	233
Kurzarrrest	89	54	35
Dauerarrrest	631	249	382
Jugendstrafe	266	70	196
6 Monate	57	15	42
darunter Strafaussetzung zur Bewährung	43	12	31
mehr als 6 Monate bis einschl. 1 Jahr	130	36	94
darunter Strafaussetzung zur Bewährung	83	25	58
mehr als 1 Jahr bis einschl. 2 Jahre	48	8	40
mehr als 2 Jahre bis einschl. 5 Jahre	10	1	9
mehr als 5 Jahre bis einschl. 10 Jahre	1	1	-
von unbestimmter Dauer	20	9	11
Maßnahmen und Strafen insgesamt	3 920	1 850	2 070
Verurteilte	2 847	1 380	1 467

56%, von den weiblichen Verurteilten fast drei Viertel die Strafe zur Bewährung ausgesetzt.

In mehr als der Hälfte aller Fälle lautete das Urteil auf Gefängnis bis zu 1 Monat. Von diesen Strafen wurde jedoch nur jede vierte vollzogen. Ein Viertel der Gefängnisstrafen beliefen sich auf mehr als 1 Monat bis zu 3 Monaten Dauer. Hiervon wurden fast die Hälfte zur Bewährung ausgesetzt. In weiteren 1 116 Fällen beschloß das Gericht eine Gefängnisstrafe von mehr als 3 bis 9 Monaten. 46% dieser Strafen brauchten nicht verbüßt werden. Nur 6% aller zu Gefängnis Verurteilten erhielten eine Strafe von mehr als 9 Monaten.

Zu Zuchthaus wurden 63 Erwachsene, aber kein Heranwachsender verurteilt. Die meisten Urteile lauteten auf höchstens 3 Jahre. Lebenslänglich Zuchthaus erhielt nur ein einziger Angeklagter.

Die Taten von Jugendlichen werden immer nach dem Jugendgerichtsgesetz geahndet. Jugendlicher ist nach dem Gesetz, wer z. Z. der Tat 14, aber noch nicht 18 Jahre alt ist. Die 18- bis 20jährigen Heranwachsenden werden nach dem Jugendgerichtsgesetz abgeurteilt, wenn die Gesamtwürdigung ihrer Persönlichkeit ergibt, daß sie zur Zeit der Tat ihrer sittlichen und geistigen Entwicklung nach noch einem Jugendlichen gleichstanden oder wenn es sich bei der Tat um eine Jugendverfehlung handelt. Andernfalls wird das allgemeine Strafrecht angewandt.

1965 wurden 1 380 Jugendliche und 1 467 Heranwachsende nach dem Jugendstrafrecht verurteilt. Unter den Jugendlichen befanden sich 138 und unter den Heranwachsenden 124 Mädchen und Frauen. Gegen die 2 847 Straffälligen wurden 3 920 Erziehungsmaßregeln, Zuchtmittel und Jugendstrafen verhängt. Auf 100 Verurteilte entfallen somit 138 Maßnahmen und Jugendstrafen.

272mal mußten von den Gerichten Erziehungsmaßregeln angeordnet werden, die wie die Zuchtmittel nicht die Rechtswirkungen einer Strafe haben und daher, sofern sie nicht neben Jugendstrafe verfügt werden, auch nicht ins Strafregister eingetragen werden. Von den drei Erziehungsmaßregeln wurden am häufigsten die Weisungen angewandt, nämlich 218mal, und zwar 148mal bei Jugendlichen und 70mal bei Heranwachsenden. Der Richter kann etwa anordnen, daß der Verurteilte eine Lehr- oder Arbeitsstelle annimmt, den Besuch von Gaststätten unterläßt oder am polizeilichen Verkehrsunterricht teilnimmt. 28mal ordnete das Gericht eine Erziehungsbeistandschaft und 26mal die Fürsorgeerziehung an.

Zuchtmittel kamen in 3 382 Fällen zur Anwendung. 1 595mal wurden sie gegen Jugendliche, 1 787mal gegen Heranwachsende verfügt. Die drei Zuchtmittel - Verwarnung, Auferlegung besonderer Pflichten und Jugendarrest - stellen eine stärkere Bestrafung als die Erziehungsmaßregeln dar. Eine Verwarnung erhielten 496mal Jugendliche und 494mal Heranwachsende. Besondere Pflichten legten die Richter 352mal Jugendlichen und 643mal Heranwachsenden auf. Meist wurden sie dazu verurteilt, einen Geldbetrag zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung zu zahlen. In 82 Fällen ordnete der Richter an, daß sie den Schaden wiedergutzumachen, 76mal, daß sie sich persönlich beim Verletzten zu entschuldigen hätten.

1 397mal wurden die Angeklagten zu Jugendarrest verurteilt. Gegen die Heranwachsenden wurden dabei die härteren Mittel angewandt; denn 59% aller Urteile auf Jugendarrest von Heranwachsenden bezogen sich auf einen Dauerarrest, der auf 1 bis 4 Wochen ausgesprochen werden kann. Bei den Jugendlichen belief sich der Anteil auf 33%. Für den 1 bis 4 Freizeiten umfassenden Freizeitarrrest verkehren sich die Anteilswerte; von den zu Jugendarrest verurteilten Heranwachsenden erhielten 36% und von den Jugendlichen 59% Freizeitarrrest. Vergleichsweise gering ist die Zahl derjenigen, die einen Kurzarrest von 2 bis 6 Tagen antreten mußten.

Freiheitsentzug in einer Jugendstrafanstalt wurde 1965 in 266 Fällen angeordnet. Er betraf 70 Jugendliche und 196 Heranwachsende. Am häufigsten erfolgte eine Verurteilung zu einer Strafe von mehr als 6 bis 12 Monaten. An zweiter Stelle steht die Mindeststrafe von 6 Monaten. In zwei Drittel der bisher genannten Fälle wurde die Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Ein Jugendlicher erhielt eine Jugendstrafe von mehr als 5 Jahren. Es handelt sich hier um die Ahndung eines Verbrechens, für das nach allgemeinem Strafrecht eine Höchststrafe von mehr als 10 Jahren Zuchthaus angedroht ist. Neun Jugendliche und elf Heranwachsende erhielten eine Jugendstrafe von unbestimmter Dauer. Diese kann höchstens 4 Jahre dauern und wird ausgesprochen, wenn sich nicht voraussehen läßt, wann der Strafzweck erreicht sein wird.

Außer der Hauptstrafe oder den Maßnahmen und der Jugendstrafe ordnet das Gericht in manchen Fällen auch eine Nebenstrafe an. Die statistischen Unterlagen gestatten es jedoch nur, die gegen Erwachsene verfügten Nebenstrafen zahlenmäßig vollständig wieder-

Im Jahre 1965 angeordnete Nebenstrafen und Nebenfolgen

Nebenstrafen und Nebenfolgen	Erwachsene		Heranwachsende		Jugendliche	
	insges.	männl.	insges.	männl.	insges.	männl.
Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte	17	17	1	1	.	.
Polizeiaufsicht	6	6
Einziehung, Ersatzeinziehung oder Unbrauchbarmachung	187	171
Fahrverbot	160	156	68	66	20	20
davon						
bis 1 Monat	52	49	26	25	6	6
mehr als 1 bis 2 Monate	45	44	16	16	5	5
mehr als 2 bis 3 Monate	63	63	26	25	9	9
Sonstige Nebenstrafen und Nebenfolgen	10	9
Insgesamt	380	359

zugeben. Angaben über Fahrverbote liegen jedoch auch für Heranwachsende und Jugendliche vor.

Gegen Erwachsene wurden 380 Nebenstrafen ausgesprochen. 187mal wurde die Einziehung von Tatinstrumenten und Taterzeugnissen angeordnet, also z. B. von Dietrichen, von gefälschten Münzen und dergleichen, oder es wurde die Unbrauchbarmachung von Schriften, Abbildungen oder sonstigen Darstellungen verfügt. Fahrverbote mußten 160mal gegen Erwachsene, 68mal gegen Heranwachsende und 20mal gegen Jugendliche ausgesprochen werden. Rund 100mal wurde auf ein Fahrverbot von 2 bis 3 Monaten erkannt. Im Gegensatz zur Entziehung der Fahrerlaubnis wird der Führerschein in der Zwischenzeit nur amtlich verwahrt und dem Abgeurteilten nach Beendigung des Fahrverbots wieder ausgehändigt.

Die restlichen Nebenstrafen sind zahlenmäßig von geringerer Bedeutung. Zu erwähnen sind noch die 17 Fälle, in denen auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt worden ist und die 6 Fälle von gerichtlich angeordneter Polizeiaufsicht.

Maßregeln der Sicherung und Besserung, die auch nebeneinander angeordnet werden können, werden bei Anwendung des allgemeinen Strafrechts regelmäßig nur neben einer Strafe ausgesprochen. Gegen die nach dem Jugendgerichtsgesetz abgeurteilten Jugendlichen und Heranwachsenden können zwei der in § 42a StGB aufgeführten sechs Maßregeln verfügt werden. 2 976mal wurde Erwachsenen die Fahrerlaubnis entzogen, in 61% aller Fälle auf höchstens 6 Monate, in 35% der Fälle auf mehr als ein halbes bis höchstens 2 Jahre. Jeder zwanzigste Entzug wurde für längere Zeit oder gar für immer ausgesprochen. 377mal verloren Heranwachsende und 107mal Jugendliche ihre Fahrerlaubnis. Auch bei ihnen wurde die Erteilung einer neuen Fahrerlaubnis meist nur bis zu 2 Jahren gesperrt.

In insgesamt 35 Fällen ordnete das Gericht entweder eine Unterbringung in einer Heil- oder Pflegeanstalt, einer Trinkerheil- oder Entziehungsanstalt oder einem Arbeitshaus an oder verfügte die Sicherungsverwahrung oder ein Berufsverbot. Bemerkenswert ist, daß nur 1% aller Maßregeln gegen Frauen und Mädchen angeordnet werden mußten.

Abgeurteilte nach den angeordneten Maßregeln der Sicherung und Besserung 1965

Sicherungsmaßregel	Erwachsene		Heranwachsende		Jugendliche	
	insges.	männl.	insges.	männl.	insges.	männl.
Unterbringung in						
einer Heil- oder Pflegeanstalt	10	10	1	1	2	2
einer Trinkerheil- oder Entziehungsanstalt	11	10	1	1	.	.
einem Arbeitshaus	7	7	-	-	.	.
Sicherungsverwahrung	2	2	-	-	.	.
Untersagung der Berufsausübung	5	5	-	-	.	.
Entziehung der Fahrerlaubnis	2 976	2 945	377	373	107	104
bis einschl. 6 Monate	1 810	1 790	173	173	32	31
mehr als 6 Monate bis einschl. 2 Jahre	1 032	1 021	183	179	65	63
länger als 2 Jahre oder für immer	134	134	21	21	10	10
Insgesamt	3 011	2 979	379	375	109	106

Die Straßenverkehrsdelikte

Wegen eines Vergehens im Straßenverkehr oder einer mit Entzug der Fahrerlaubnis oder Verhängung eines Fahrverbots verbundenen Übertretung der Straßenverkehrsordnung oder Straßenverkehrszulassungsordnung wurden 1965 11 083 Personen verurteilt. 9 553 waren Erwachsene, 1 175 Heranwachsende und 355 Jugendliche. Bezogen auf 100 000 Gleichaltrige ergibt sich für die 18- bis 20jährigen die höchste Verurteiltenziffer. Sie beträgt 1 243 und ist mehr als doppelt so hoch wie die Ziffer der Erwachsenen (566) und fast fünfmal so hoch wie die Ziffer für die Jugendlichen (273). Die Heranwachsenden sind also mit Abstand am häufigsten in Straßenverkehrsdelikte verwickelt gewesen. Daß die Jugendlichen hier nur verhältnismäßig wenig straffällig wurden, liegt daran, daß das Mindestalter für den Erwerb eines Führerscheins je nach Fahrzeugart auf 16, 18 oder gar 21 Jahre festgelegt ist. Ein großer Teil der 14- bis 17jährigen kann schon aus diesem Grunde nicht am motorisierten Straßenverkehr teilnehmen, es sei denn in rechtswidriger Weise.

Das geht auch ganz eindeutig aus den folgenden Tabellen hervor. Drei Viertel aller in Straßenverkehrsdelikte verwickelten Jugendlichen wur-

den deshalb verurteilt, weil sie entweder keinen Führerschein besaßen oder weil sie ein nicht zugelassenes Fahrzeug führten. Auch unter den Heranwachsenden spielen diese Verfehlungen noch eine erhebliche Rolle. Während bei den Jugendlichen die Verstöße gegen die Bestimmungen des Straßenverkehrsgesetzes noch weit überwiegen, sind die Heranwachsenden schon in über der Hälfte aller Fälle nach den Vorschriften des Strafgesetzbuches verurteilt worden. Die hiernach am häufigsten geahndete Verfehlung ist die fahrlässige Körperverletzung (§ 230). Fast ein Drittel aller 18- bis 20jährigen Verkehrssünder wurden deswegen für schuldig befunden.

Auch von den im Straßenverkehr straffällig gewordenen Erwachsenen wurden mehr als die Hälfte nach Paragraphen des Strafgesetzbuches abgeurteilt. Von allen Verstößen führte die fahrlässige Körperverletzung am häufigsten zu einer Verurteilung, nämlich in 2 513 von allen 9 553 Fällen. An zweiter Stelle folgen die Delikte gegen den § 24 des Straßenverkehrsgesetzes: 1 566 (16%) aller verurteilten Erwachsenen haben ein Kraftfahrzeug ohne Fahrerlaubnis oder trotz eines Fahrverbots gelenkt oder einen anderen solcherart rechtlich beschränkten Fahrer

Straßenverkehrsdelikte 1965

Strafbare Handlung	Verurteilte insgesamt	davon		
		Jugendliche	Heranwachsende	Erwachsene
nach dem Straßenverkehrsgesetz				
Führen und Führenlassen nicht zugelassener Kraftfahrzeuge (§ 23)	761	27	128	606
Führen oder Führenlassen eines Kfz ohne Fahrerlaubnis oder trotz Fahrverbots (§ 24)	2 128	245	317	1 566
Kraftfahrzeugkennzeichenmißbrauch (§ 25)	52	5	13	34
Unzulässiges Mitführen von Anhängern und Überladung von Kraftfahrzeugen (§ 26)	1 474	4	27	1 443
Übertretungen nach StVO und StVZO, wenn Fahrerlaubnis entzogen oder Fahrverbot verhängt worden ist (§ 21)	649	4	70	575
Zusammen nach dem Straßenverkehrsgesetz	5 064	285	555	4 224
nach dem Strafgesetzbuch				
Flucht nach Verkehrsunfall (§ 142)	735	10	91	634
Fahrlässige Tötung (§ 222)	138	1	19	118
Fahrlässige Körperverletzung (§ 230)	2 900	43	344	2 513
Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr (§ 315b)	9	3	1	5
Gefährdung des Straßenverkehrs durch Trunkenheit am Steuer (§ 315c Abs. I Nr. 1a, auch in Verbindung mit Abs. III Nr. 1 und 2)	761	1	54	706
Grob verkehrswidrige und rücksichtslose Gefährdung des Straßenverkehrs (§ 315c Abs. I Nr. 2 auch in Verbindung mit Abs. III)	151	—	34	117
Trunkenheit des Fahrzeugführers im Verkehr ohne Gefährdung einer Person oder Sache (§ 316)	1 171	10	69	1 092
Volltrunkenheit in Verbindung mit einem Verkehrsunfall (§ 330a)	154	2	8	144
Zusammen nach dem Strafgesetzbuch	6 019	70	620	5 329
Insgesamt	11 083	355	1 175	9 553

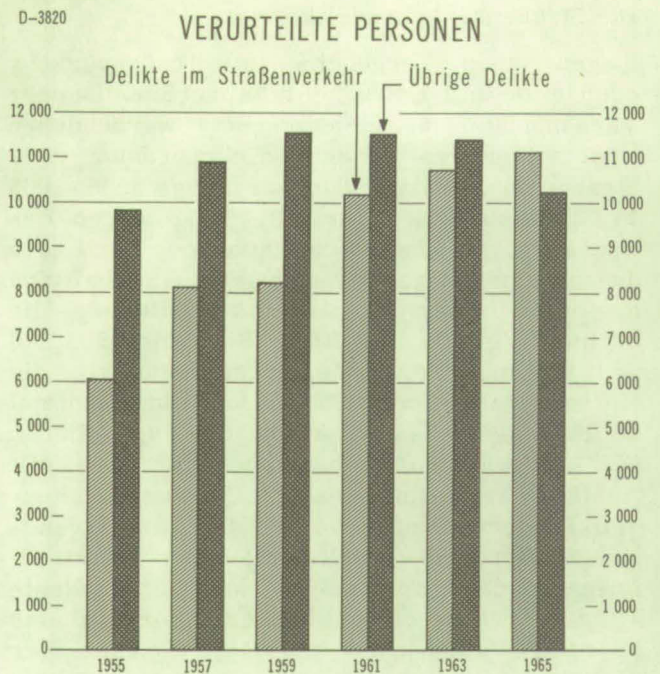
ans Steuer gelassen. Weitere 15% sind verurteilt worden, weil sie unzulässigerweise Anhänger mitgeführt oder ihr Kraftfahrzeug überladen haben. Es handelt sich hierbei also überwiegend um Verstöße im Güterverkehr. Bemerkenswert sind auch die Zahlen für einige andere Delikte. Fast 1 100 Erwachsene mußten z. B. bestraft werden, weil sie betrunken ihr Fahrzeug steuerten, ohne dabei aber eine Person oder Sache zu gefährden. Zu diesen Verurteilten zählen etwa die Zecher, die der Polizei durch ihre eigenwillige Fahrweise auffielen. 706 Fahrzeugführer gefährdeten durch ihre Trunkenheit den Straßenverkehr und wurden deswegen verurteilt. Der Feststellung ihrer Person versuchten sich mindestens 634 Erwachsene vergebens durch Unfallflucht zu entziehen. Ihre Zahl liegt wahrscheinlich noch höher, da der Tatbestand der Unfallflucht statistisch nicht ausgewertet wird, wenn zugleich z. B. eine fahrlässige Tötung oder eine fahrlässige Körperverletzung vorliegt. Wegen fahrlässiger Tötung im Straßenverkehr wurden 118 Erwachsene bestraft, also rund 1% aller 21 und mehr Jahre zählenden Verurteilten. Von den Heranwachsenden mußten 19 (2%) und von den Jugendlichen mußte nur einer deswegen gerichtlich belangt werden.

Die übrigen Delikte

1964 verurteilten die schleswig-holsteinischen Gerichte zum ersten Mal mehr Angeklagte wegen eines Verstoßes im Straßenverkehr als wegen eines sonstigen Deliktes. Im Berichtsjahr beläuft sich der Unterschied schon auf rund 900 Personen. 1955 dagegen waren erst 38% der Verurteilten im Straßenverkehr straffällig geworden. Die folgende Übersicht zeigt die Zunahme der gerichtlich geahndeten Verkehrsstraftaten und ihr Verhältnis zu der im großen und ganzen unverändert hohen Zahl der übrigen Delikte.

Wegen eines nicht gegen den Straßenverkehr gerichteten Verstoßes wurden 1965 10 185 Personen verurteilt. 8 779 wurden eines Verbrechens oder Vergehens nach dem Strafgesetzbuch für schuldig befunden, 1 355 eines solchen nach anderen Bundes- oder Landesgesetzen. Die restlichen 51 Verurteilten begingen eine der unter "Begriffe und Methoden", Punkt 1 und 2, aufgeführten Übertretungen.

Diebstahl und Unterschlagungen machen mehr als ein Drittel (37%) aller Verbrechen und Vergehen außerhalb des Straßenverkehrs aus. In den meisten Fällen war ein einfacher Diebstahl gemäß § 242 StGB begangen worden. Ein schwerer Diebstahl mußte 543mal, ein



Rückfalldiebstahl 277mal gerichtlich geahndet werden. 155 Personen wurden nach § 248b StGB verurteilt, weil sie ein Kraftfahrzeug oder Fahrrad gegen den Willen des Berechtigten in Gebrauch genommen hatten.

Wegen Raub und Erpressung ergingen 65 und wegen anderer Vermögensdelikte 1 913 Urteile. Die häufigste Straftat war hier der Betrug oder Untreue, wofür 1 114 Angeklagte zur Rechenschaft gezogen werden mußten.

Recht zahlreich sind auch die Verstöße gegen die Sittlichkeit und andere gegen die Person gerichtete Vergehen und Verbrechen, wie Verletzung der Unterhaltspflicht, Beleidigung, Mord- und Totschlag und Körperverletzung. 1 907 Personen mußten deswegen verurteilt werden.

Von den nach anderen Bundes- und Landesgesetzen ergangenen 1 355 Urteilen beruhten 208 auf dem Wehrstrafgesetz und 131 auf dem Lebensmittel- und Milchgesetz.

Wie bei den Verfehlungen im Straßenverkehr errechnet sich auch bei den übrigen Delikten die höchste Verurteiltenziffer¹ für die Heranwachsenden. Von 100 000 18- bis 20jährigen wurden 1 441 wegen eines dieser Delikte straffällig. Die Verurteiltenziffer der Jugendlichen liegt mit 766 nur rund halb so hoch, während von 100 000 Erwachsenen nur 461 verurteilt wurden.

Hinsichtlich der Anteile, die auf die einzelnen Verbrechen und Vergehen entfallen, ergeben sich für die drei Personengruppen z. T. recht erhebliche Abweichungen, was entscheidend

¹) ohne die erwähnten 51 wegen einer Übertretung Verurteilten

Verbrechen und Vergehen 1965 außerhalb des Straßenverkehrs

Schwerstes Delikt	Verurteilte insgesamt	davon		
		Erwachsene	Heran- wachsende	Jugendliche
Verbrechen und Vergehen nach dem StGB	8 779	6 580	1 224	975
1. Gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amte (§§ 49a u. b, 80-168, 331-359 ohne 142)	516	426	75	15
dar. Widerstand gegen die Staatsgewalt (110-122b)	122	99	22	1
falsche uneidliche Aussage und Meineid, falsche Anschuldigung (153-164)	87	75	9	3
2. Wider die Sittlichkeit (173-184b)	354	269	42	43
dar. Unzucht zwischen Männern (175, 175a)	71	54	14	3
Unzucht mit Kindern (176 I 3)	67	50	5	12
Kuppelei und Zuhälterei (180-181a)	19	18	1	-
3. Andere gegen die Person gerichtete Vergehen und Verbrechen (§§ 169-172, 185-241a, ohne 222, 230 i. V. mit Verkehrsunfall)	1 553	1 310	170	73
dar. Verletzung der Unterhaltspflicht (170b)	408	404	4	-
Beleidigung (185-200)	232	206	21	5
Mord und Totschlag (211-213)	7	5	1	1
Gefährliche Körperverletzung (223a)	229	159	46	24
Fahrlässige Körperverletzung (230)	127	98	17	12
4. Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242-248c)	3 720	2 401	623	696
dar. Diebstahl (242)	2 363	1 476	403	484
Schwerer Diebstahl (243)	543	242	140	161
Unterschlagung (246)	370	315	37	18
5. Raub und Erpressung (§§ 249-256, 316a)	65	40	14	11
6. Andere Vermögensdelikte (§§ 257-305)	1 913	1 550	235	128
dar. Begünstigung und Hehlerei (257-262)	207	140	33	34
Betrug und Untreue (263-266)	1 114	1 010	81	23
Urkundenfälschung (267-281)	130	93	28	9
Sachbeschädigung (303-305)	338	197	86	55
7. Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen außer im Straßenverkehr (§§ 306-330c außer 315b, 315c, 316, 316a, 330a i. V. Verkehrsunfall)	658	584	65	9
dar. Volltrunkenheit (330a)	528	466	55	7
Verbrechen und Vergehen nach anderen Bundes- und Landesgesetzen (ohne StVG)	1 355	1 196	138	21
dar. Nach dem Wehrstrafgesetz	208	131	77	-
Nach dem Lebensmittel- und Milchgesetz	131	131	-	-
Insgesamt	10 134	7 776	1 362	996

mit dem unterschiedlichen Alter der Verurteilten zusammenhängt. Eine Bestrafung von Heranwachsenden und Jugendlichen wegen einer Verletzung der Unterhaltspflicht kommt z.B. kaum vor, ebenfalls eine Verurteilung von Jugendlichen nach dem Wehrstrafgesetz. Bei beleidigenden oder verleumderischen Äußerungen dürfte den Jugendlichen von den Betroffenen in vielen Fällen ihre Jugend zugute gehalten werden, so daß es gar nicht zu einem Prozeß kommt.

Es wird daher verständlicher, daß 70% aller Jugendlichen wegen eines Diebstahls oder einer Unterschlagung verurteilt wurden, während von den Heranwachsenden nur 46% und von den Erwachsenen sogar nur 31% deswegen zur Rechenschaft gezogen wurden.

Begriffe und Methoden

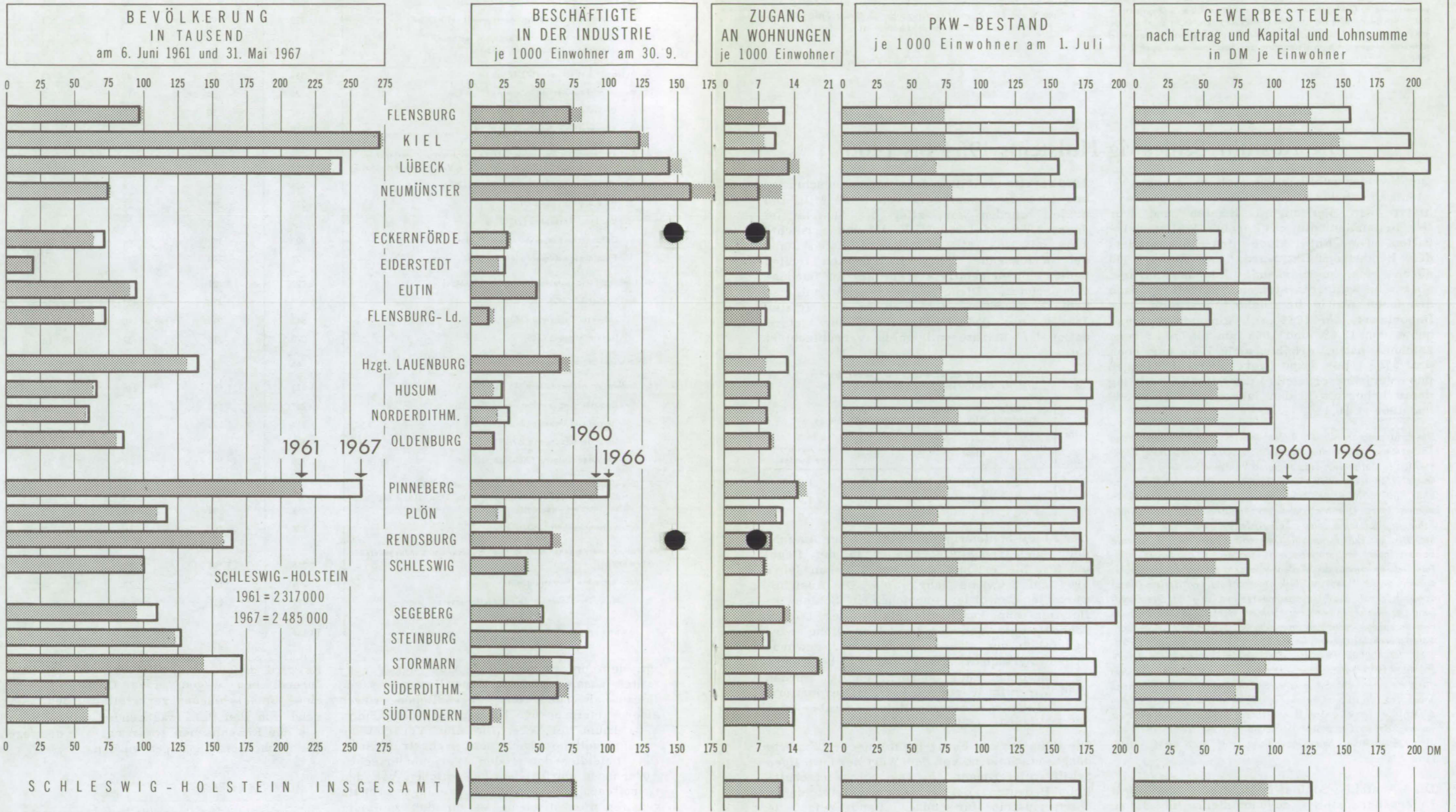
Für jeden rechtskräftigen Abgeurteilten legen die Amtsgerichte und Staatsanwaltschaften ein Zählblatt an, das im Statistischen Landesamt

AUSGEWÄHLTE WIRTSCHAFTSDATEN



IN DEN KREISEN SCHLESWIG - HOLSTEINS

1960 UND 1966



ausgewertet wird. Für die nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilten Erwachsenen und Heranwachsenden und für die nach dem Jugendstrafrecht abgeurteilten Jugendlichen und Heranwachsenden wird ein besonderes Zählblatt verwendet.

Was die statistische Aufbereitung anbetrifft, so ist besonders anzumerken, daß grundsätzlich nur das schwerste Delikt ausgewertet wird. Bei einer Verurteilung wegen Diebstahls und einfacher Sachbeschädigung wird also statistisch nur der Diebstahl berücksichtigt. Von mehreren Strafen, die ein nach allgemeinem Strafrecht Verurteilter erhält, wird nur die schwerste gesondert ausgewiesen, also bei einer Verurteilung zu Gefängnis und einer Geldstrafe nur die Gefängnisstrafe. Bei der Beurteilung der Straßenverkehrsvergehen ist zu beachten, daß die Verkehrsunfallflucht und die fahrlässige Körperverletzung statistisch schwerer wiegen als eine Gefährdung des Straßenverkehrs nach § 315c StGB.

Übertretungen werden nur in folgenden Fällen erfaßt:

1. bei nach allgemeinem Strafrecht Verurteilten, wenn wegen einer Zuwiderhandlung nach § 361 Nr. 3 - 8 StGB neben Haft auf Arbeitshaus (§ 42d StGB) erkannt wurde;
2. bei nach Jugendstrafrecht Verurteilten, wenn Übertretungen nach Bundes- oder Landesgesetzen mit Jugendstrafe oder Jugendarrest geahndet wurden;
3. bei nach allgemeinem oder Jugendstrafrecht Verurteilten, wenn wegen Übertretung im Straßenverkehr nach § 21 StVG - StVO, StVZO - die Erlaubnis zum Führen von Kraftfahrzeugen (§ 42m, n StGB) entzogen oder Fahrverbot (§ 37 StGB) verhängt worden ist.

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins 1964 bis 1966

Die Bundesrepublik blieb auch im Jahre 1966 - trotz konjunkturell bedingter Schwierigkeiten - hinter den Vereinigten Staaten und vor Großbritannien die zweitgrößte Welthandelsnation. Die Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik wurde im Jahre 1966 durch eine nachlassende Inlandsnachfrage, aber eine weiterhin steigende Nachfrage nach deutschen Waren im Ausland bestimmt. Der Importwert, der 1964 noch eine Steigerungsquote von 12,6% und 1965 um 19,7% zu verzeichnen hatte, erhöhte sich 1966 nur noch um 3,2%. Der Exportwert übertraf dagegen das Vorjahresergebnis um 12,5% und lag damit höher als in den Jahren 1964 (+ 11,3%) und 1965 (+ 10,4%).

Die Erfassung der für die Außenhandelsstatistik zu erhebenden Tatbestände ist auf die Organisation der Zollverwaltung abgestellt. Die Zollstellen sind zugleich Meldestellen für die Außenhandelsstatistik, so daß eine selbständige und genaue Erfassung aller ein- oder ausgeführten Waren als gesichert angesehen werden kann. Die nachstehenden Angaben über die Ausfuhr Schleswig-Holsteins sind Teilergebnisse der Außenhandelsstatistik der Bundesrepublik Deutschland, die zentral für alle Bundesländer im Statistischen Bundesamt bearbeitet wird. Ausland im Sinne der Außenhandelsstatistik ist das Gebiet außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlins (West) sowie außerhalb des Währungsgebietes der DM-Ost. Die Zuordnung der Ausfuhr nach der Herkunft richtet sich nach dem in den Warenbegleitscheinen angegebenen Bundesland, in dem die Waren hergestellt, be- oder verarbeitet wurden. Bei der Zuordnung der Ausfuhr nach dem Ziel ist das Verbrauchsland maßgebend. Als Verbrauchsland wird das Land nachgewiesen, in dem die Ware verbraucht, be- oder verarbeitet werden soll. Ist dieses unbekannt, so tritt an seine Stelle das Empfangsland. Einfuhrergebnisse für einzelne Bundesländer können nicht ermittelt werden, da der Ort des Verbrauches oder der Verarbeitung der eingeführten Waren beim Grenzübergang oft noch nicht bekannt ist.

Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins hat seit Kriegsende stetig zugenommen. Im Jahre 1950 betrug ihr Wert 87 Mill. DM. Nachdem

1960 bereits die Milliardengrenze überschritten und 1964 ein Exportwert von 1 153 Mill. DM erzielt worden war, stieg die Ausfuhr im Jahre 1965 auf 1 360 Mill. DM und erreichte 1966 mit 1 645 Mill. DM den höchsten Stand seit Kriegsende. Sie stieg in den letzten beiden Jahren relativ stärker als im Bundesdurchschnitt. Diese Leistung ist um so bemerkenswerter, als sich in den letzten Jahren die Aufnahmefähigkeit der internationalen Märkte allgemein verschlechtert hat.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland und Schleswig-Holsteins 1964 - 1966

Jahr	Ausfuhr der Bundesrepublik		Ausfuhr Schleswig-Holsteins		
	Mill. DM	DM je Einw.	Mill. DM	DM je Einw.	In % der Ausfuhr des Bundes
1964	64 920	1 114	1 153	482	1,8
1965	71 651	1 214	1 360	561	1,9
1966	80 628	1 352	1 645	669	2,0

Der Anteil Schleswig-Holsteins an der Ausfuhr der Bundesrepublik schwankt in der Regel um 2%. Sie erhöhte sich von 1,8% im Jahre 1964 auf 2,0% im Jahre 1966. Die Ausfuhrwerte je Einwohner erreichen in Schleswig-Holstein nur knapp die Hälfte der Durchschnittswerte des Bundes. Ihre Höhe wird wesentlich von den Leistungen der gewerblichen Wirtschaft eines Landes bestimmt. Je Einwohner der Bundesrepublik wurden 1966 Waren im Werte von 1 352 DM exportiert, je Einwohner Schleswig-Holsteins aber nur 669 DM (1964 1 114 und 482 DM).

Die Höhe des schleswig-holsteinischen Exports hängt entscheidend von dem Wert der jeweiligen Schiffsablieferungen ab. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der schleswig-holsteinischen Wertindustrie für unser Land zeigt die folgende Tabelle.

Anteil der Schiffsablieferungen an der Ausfuhr
Schleswig-Holsteins 1950 - 1966

Jahr	Gesamte Ausfuhr	darunter	
		Schiffsablieferungen	%
	1 000 DM		
1950	86 850	3 101	3,6
1951	232 627	11 358	4,9
1952	314 155	83 400	26,5
1953	374 571	126 743	33,8
1954	509 528	209 427	41,1
1955	580 922	238 017	41,0
1956	719 309	309 980	43,1
1957	775 494	324 082	41,8
1958	811 972	302 114	37,2
1959	915 463	402 382	44,0
1960	1 194 015	565 511	47,4
1961	1 074 129	393 892	36,7
1962	979 974	286 847	29,3
1963	1 151 219	363 817	31,6
1964	1 153 399	270 666	23,5
1965	1 359 957	307 445	22,6
1966	1 645 202	485 090	29,5
Insgesamt	13 878 786	4 683 872	33,7

Es gab Jahre, in denen fast die Hälfte des schleswig-holsteinischen Exportes aus Schiffsablieferungen bestand. Seit 1950 hat der schleswig-holsteinische Schiffbau Wasserfahrzeuge im Werte von 4,7 Milliarden DM exportiert, das ist ein Drittel des gesamten Exports in diesem Zeitabschnitt. Diese Leistung ist um so bemerkenswerter, wenn man die zunehmenden Wettbewerbsverzerrungen gerade dieses Wirtschaftszweiges auf dem Weltschiffbaumarkt berücksichtigt.

Warengruppen

Von der Ausfuhr Schleswig-Holsteins im Jahre 1966 in Höhe von 1 645 Mill. DM entfielen 128 Mill. DM (7,8%) auf Güter der Ernährungs-wirtschaft; die gewerbliche Wirtschaft erzielte einen Exporterlös von 1 517 Mill. DM (92,2%). Die Ausfuhr an Gütern der Ernährungs-wirtschaft ist gegenüber 1965 um 18 Mill. DM (- 12%) zurückgegangen. Dieser Rückgang ist im wesentlichen dadurch begründet, daß im Vorjahr ein außergewöhnlich hoher Export an Butter (rund 15 Mill. DM) das Ergebnis stark beeinflußt hat.

Unter den Ausfuhrgütern der Ernährungs-wirtschaft stehen die Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs mit einem Wert von 60 Mill. DM an erster Stelle. Über die Hälfte des Exports dieser Warengruppe betraf Müllerei-erzeugnisse. Hauptabnehmer waren Dänemark (11 Mill. DM) und Polen (8 Mill. DM).

Der Wert der ausgeführten Nahrungsmittel tierischen Ursprungs erreichte 51 Mill. DM. Wichtigste Artikel dieser Warengruppe waren Fische und Fischzubereitungen (16,9 Mill. DM), wobei Österreich mit 5,8 Mill. DM der

bedeutendste Abnehmer war. Fleisch und Fleischwaren wurden für 12,6 Mill. DM, vorwiegend nach Italien (5,7 Mill. DM) und Großbritannien (2,8 Mill. DM) geliefert. Der Milchexport erreichte einen Wert von 11,8 Mill. DM.

Die Ausfuhr an Genußmitteln - insgesamt knapp 11 Mill. DM - umfaßt hauptsächlich Kaffee (5,9 Mill. DM) und Tabakerzeugnisse (4,7 Mill. DM). Größter Kaffeeabnehmer waren die Niederlande mit 2,6 Mill. DM; Tabakerzeugnisse gingen für 2,8 Mill. DM nach Italien. Die Ausfuhr lebender Tiere (6 Mill. DM) resultiert fast ausschließlich aus Pferdellieferungen nach Frankreich (4,7 Mill. DM).

Die gewerbliche Wirtschaft verzeichnete in den letzten 3 Jahren bedeutende Zunahmen ihres Exports. Er erhöhte sich 1965 gegenüber dem Vorjahr um 14,4 und 1966 nochmals um 25,0%. 1966 wurde ein Ausfuhrwert von 1,517 Milliarden DM erzielt, der höchste seit Kriegsende.

Der Schwerpunkt des schleswig-holsteinischen Exports liegt eindeutig bei den Fertigwaren (1,34 Milliarden DM), von denen wiederum 1,26 Milliarden DM auf Enderzeugnisse entfallen. Die Ausfuhr von Halbwaren und Rohstoffen mit einem Wert von 138 Mill. DM bzw. 42 Mill. DM ist für den schleswig-holsteinischen Export von geringer Bedeutung.

Spitzenstellungen in der Exportindustrie nehmen die Schiffbauindustrie und die Maschinenbau-industrie ein. Beide vereinigten 1966 knapp 54% der Gesamtausfuhr auf sich. Trotz des harten Wettbewerbs der deutschen Werften um Preise und Finanzierungsbedingungen mit der teilweise durch staatliche Subventionen geförderten ausländischen Werftindustrie gelang es den schleswig-holsteinischen Werften, den Export von Seeschiffen weiter zu steigern.

Schiffbauaufträge ausländischer Reedereien an schleswig-holsteinische Werften im Werte von 485 Mill. DM - das sind 29,5% der Gesamtausfuhr - brachten diesen Industrie-zweig an die 1. Stelle der Exportskala. In den beiden Vorjahren stand die Ausfuhr an Maschinenbauerzeugnissen an der Spitze. Norwegische Reedereien waren die bedeutendsten Kunden unserer Werften; sie erwarben 1966 Schiffsneubauten im Werte von 208 Mill. DM. Die Sowjetunion war der zweitgrößte Abnehmer und führte Wasserfahrzeuge im Werte von 124 Mill. DM ein.

Mit knapp 400 Mill. DM nahm die Ausfuhr von Maschinenbauerzeugnissen im letzten Jahr nur den 2. Platz ein. Auf diese Waren-

Ausfuhr der Bundesrepublik und Schleswig-Holsteins nach Warengruppen 1964 - 1966

Warengruppe	Bundesrepublik			Schleswig-Holstein			Anteil an der gesamten Ausfuhr 1966 des Bundes Schleswig-Holsteins	
	1964	1965	1966	1964	1965	1966	%	
	Millionen DM							
Ernährungswirtschaft	1 614	1 981	1 968	92	146	128	2,4	7,8
davon								
Lebende Tiere	137	125	116	8	7	6	0,1	0,4
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs	340	510	535	28	64	51	0,7	3,1
Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs	815	989	939	47	64	60	1,2	3,6
Genußmittel	323	357	379	9	11	11	0,5	0,7
Gewerbliche Wirtschaft	63 039	69 361	78 301	1 061	1 214	1 517	97,1	92,2
davon								
Rohstoffe	2 518	2 555	2 835	36	35	42	3,5	2,5
Halbwaren	5 733	6 254	7 152	117	112	138	8,9	8,4
Fertigwaren	54 788	60 552	68 314	908	1 067	1 337	84,7	81,3
davon								
Vorerzeugnisse	11 847	13 312	14 727	58	71	80	18,3	4,9
Enderzeugnisse	42 941	47 240	53 587	850	995	1 257	66,5	76,4
Insgesamt¹	64 920	71 651	80 628	1 153	1 360	1 645	100	100
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	+ 11,3	+ 10,4	+ 12,5	+ 0,2	+ 17,9	+ 21,0	.	.

1) einschl. Rückwaren und Ersatzlieferungen

untergruppen¹ entfallen 24,3% der Gesamtausfuhr. Die höchsten Exporterlöse erzielten die "sonstigen Maschinen" (127 Mill. DM), Pumpen, Druckluftmaschinen und dergleichen (58 Mill. DM) sowie Kraftmaschinen - insbesondere Verbrennungsmotoren - (51 Mill. DM). Anders als im Schiffbau gibt es hier keine begünstigten Importländer, der Export verteilt sich vielmehr auf viele Länder. In weitem Abstand und mit einem Anteil am Gesamtexport von nur noch 5,7% und einem Wert von knapp 94 Mill. DM folgt die Ausfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse. Wichtige Abnehmer waren mit je rund 10 Mill. DM die Niederlande und Schweden. Die Ausfuhr feinmechanischer und optischer Erzeugnisse erreichte 61 Mill. DM, auch sie verteilt sich wertmäßig auf eine Vielzahl an Ländern. Etwa auf gleicher Höhe (59 Mill. DM) lag die Ausfuhr an Eisenwaren. Unter den restlichen Warenuntergruppen der Enderzeugnisse erreichen noch die pharmazeutischen Erzeugnisse, fotochemischen Erzeugnisse, Bücher, Karten usw., Kraftfahrzeuge, Papier und Pappe sowie Waren aus Kunststoffen einen Ausfuhrwert über 10 Mill. DM.

Die Ausfuhr an Halbwaren hat in den letzten 3 Jahren von 117 Mill. DM auf 138 Mill. DM zugenommen. Wichtige Ausfuhrprodukte bei der Gruppe der Halbwaren waren Kraftstoffe und Schmieröle sowie Roheisen. Haupt-

1) dazu gehören: Werkzeugmaschinen; Maschinen für die Spinnstoff-, Leder- und Lederwarenindustrie; landw. Maschinen; Dampflokomotiven, Kraftmaschinen; Pumpen, Druckluftmaschinen und dgl.; Fördermittel; Papier- und Druckmaschinen; Büromaschinen; Maschinen für die Nahrungs- und Genußmittelindustrie; sonstige Maschinen

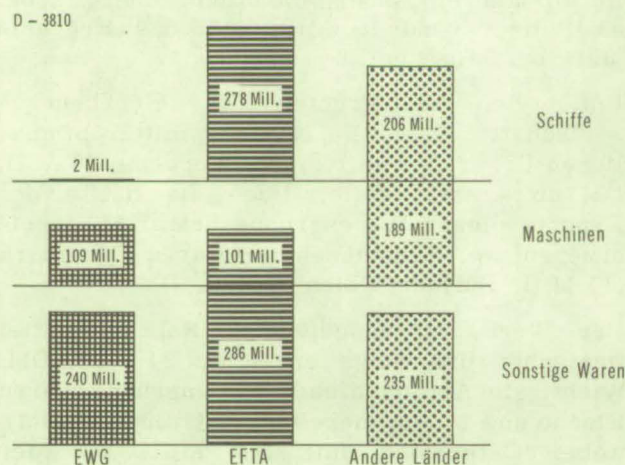
abnehmer der Kraftstoffe und Schmieröle waren bei einem Ausfuhrwert von 37 Mill. DM Dänemark mit 18,2 Mill. DM und Großbritannien (10,4 Mill. DM).

Auch die Ausfuhr an Rohstoffen nahm seit 1964 um 6 Mill. DM zu. An erster Stelle steht hier mit einem Wert von 15,7 Mill. DM der Export von Baumwolle, die hauptsächlich als Linters in Italien (5,3 Mill. DM) und Frankreich (4,2 Mill. DM) Abnehmer fand.

Länder und Ländergruppen

Über drei Viertel (77,7%) des schleswig-holsteinischen Exports gingen 1966 in europäische Länder. Asien nahm 10,1% der Ausfuhr auf, Amerika 8,5%, Afrika 3,2% und 0,6% der Ausfuhr gingen nach Australien und Ozeanien.

Ausfuhr Schleswig - Holsteins im Jahre 1966



Ausfuhr Schleswig-Holsteins nach Erdteilen, Ländergruppen
und wichtigen Verbrauchsländern 1964-1966

Erdteil/Ländergruppe/ Verbrauchsland	1964	1965	1966
	1 000 DM		
Europa	870 607	1 048 317	1 277 556
darunter			
EWG-Länder	226 422	309 170	350 170
davon			
Niederlande	92 928	107 533	127 503
Frankreich	67 235	79 486	85 960
Italien	64 754	79 125	79 134
Belgien-Luxemburg	41 505	43 026	57 572
EFTA-Länder	480 989	527 259	665 374
darunter			
Norwegen	143 567	152 595	240 261
Dänemark	109 155	114 981	128 186
Schweden	73 237	81 883	110 909
Großbritannien	67 435	62 723	62 736
Schweiz	47 826	53 135	60 277
Österreich	31 451	53 282	54 413
Sowjetunion	58 809	116 046	134 039
Afrika	71 356	54 768	51 999
dar. Republik Südafrika	8 355	11 571	12 024
Amerika	127 253	134 387	139 748
darunter			
Vereinigte Staaten (USA)	42 430	46 089	67 975
Kanada	12 235	10 468	29 761
Asien	75 893	111 868	166 407
darunter Indonesien	7 459	9 124	41 945
Australien und Ozeanien	8 289	10 617	9 493
Insgesamt	1 153 399	1 359 957	1 645 202

Die Anteile der Kontinente haben sich in den letzten Jahren nur geringfügig verändert. Auch bei einer Darstellung der Ausfuhr Schleswig-Holsteins nach Ländern sind es oft die Schiffsablieferungen mit ihrem meist beträchtlichen Wert, die auf die Höhe der jeweiligen Exporterlöse bestimmenden Einfluß haben.

Größter Abnehmer schleswig-holsteinischer Exportgüter in Europa war in den letzten Jahren Norwegen, das 1966 für 240 Mill. DM Waren (14,6% der Gesamtausfuhr), vorwiegend Wasserfahrzeuge, einführte. Zweitwichtigster Handelspartner war 1965 und 1966 die Sowjetunion. Auch hier spielte der Export von Seeschiffen - u. a. wurde eine Serie von Fischfabrikschiffen geliefert - eine ausschlaggebende Rolle. Bei einem Ausfuhrwert von 134 Mill. DM (8,1% der Gesamtausfuhr) entfielen allein 124 Mill. DM auf den Export von Wasserfahrzeugen. 1964 hatte Dänemark die 2. Stelle eingenommen, fiel 1966 aber mit einem Exportwert von 128,2 Mill. DM (7,8%) auf den 3. Platz zurück. Auch hier stand die Einfuhr von Seeschiffen (23,5 Mill. DM) an 1. Stelle. Bedeutend war auch der Export von Kraftstoffen und Schmierölen (18,2 Mill. DM) und Müllereierzeugnissen (11,0 Mill. DM). In nur geringem Abstand folgten die Niederlande, die 1966 für 127,5 Mill. DM Waren aus Schleswig-Holstein importierten. Hier spielt

im Gegensatz zu den vorher genannten Ländern der Export von Seeschiffen eine geringe Rolle. Gekauft wurden vor allem Erzeugnisse der Warenuntergruppe "sonstige Eisenwaren" (11,1 Mill. DM) und elektrotechnische Erzeugnisse (10,4 Mill. DM). Exporterlöse über 100 Mill. DM brachte nur noch der Handel mit Schweden, das für 110,9 Mill. DM Waren - hier auch wieder besonders Wasserfahrzeuge (42,4 Mill. DM) - aus Schleswig-Holstein erwarb.

Wichtigste Handelspartner der schleswig-holsteinischen Wirtschaft außerhalb Europas sind die Vereinigten Staaten. Sie führten 1966 für 68,0 Mill. DM Waren ein. Bedeutend ist die Ausfuhr von Maschinen (Kraftmaschinen 7,9 Mill. DM, Maschinen für die Textil- und Lederindustrie 6,0 Mill. DM und Papier- und Druckmaschinen 5,9 Mill. DM) und elektrotechnischen Erzeugnissen (6,4 Mill. DM). Durch größere Schiffsablieferungen rückte im Jahre 1966 Indonesien an die 2. Stelle der überseeischen Absatzländer für schleswig-holsteinische Waren. Bei einem Ausfuhrwert von insgesamt 41,9 Mill. DM entfielen allein 36,7 Mill. DM auf Seeschiffe.

Die in der europäischen Freihandelszone zusammengeschlossenen Länder sind die weitaus bedeutendsten Handelspartner. 1966 wurden in die EWG-Länder Waren im Werte von 350 Mill. DM ausgeführt, der Export in die Länder der EFTA erreichte mit 665 Mill. DM fast das Doppelte. Das hat seinen Grund in der Tatsache, daß die bedeutenden Kunden der schleswig-holsteinischen Werften Reedereien mit Sitz in den zur EFTA gehörenden Ländern Norwegen, Dänemark und Schweden waren. In die EFTA-Länder wurden 1966 Seeschiffe im Werte von 278 Mill. DM exportiert, der Export in die EWG-Länder erreichte aber nur 1,7 Mill. DM. Anders als in den übrigen Bundesländern sind in Schleswig-Holstein die Handelsbeziehungen zu den Ländern der EFTA also erheblich enger als mit den Ländern der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Während im Bundesgebiet 36,3% der Ausfuhr in die EWG-Länder ging, waren es in Schleswig-Holstein nur 21,3%. Umgekehrt nahmen die zur EFTA gehörenden Länder nur 25,2% des Exports der Bundesrepublik auf, aber 40,4% der Ausfuhr Schleswig-Holsteins.

Die Ostblockländer (ohne Jugoslawien) bezogen 1966 Güter im Werte von 187,3 Mill. DM aus Schleswig-Holstein. Abgesehen von der Sowjetunion, die infolge der hohen Schiffsablieferungen zu zwei Drittel an diesem Handel beteiligt war, hat nur noch die Ausfuhr nach Polen (19,4 Mill. DM) und in die Volksrepublik China (10,3 Mill. DM) Bedeutung. Wichtigste

Ausfuhr der Wirtschaftsblöcke 1958, 1962 und 1966

Wirtschaftsblock	Schleswig-Holstein			Bund	Anteil an der gesamten Ausfuhr				
	1958	1962	1966		Schleswig-Holsteins			des Bundes	
					1958	1962	1966		
	Mill. DM				%				
EWG	131	237	350	29 281	16,2	24,1	21,3		36,3
EFTA	371	434	665	20 303	45,7	44,3	40,4		25,2
Ostblock	83	84	187	3 309	10,2	8,6	11,4		4,1
darunter Sowjetunion	70	68	134	541	8,6	7,0	8,1		0,7

Exportartikel für Polen waren Müllereierzeugnisse (8,1 Mill. DM) und Maschinen für die Nahrungsmittelindustrie (4,0 Mill. DM). Die Volksrepublik China führte besonders Rohkupfer (6,7 Mill. DM) ein. Der Anteil der Ostblockländer an der Ausfuhr Schleswig-Holsteins ist mit 11,4% erheblich höher als im Bundesdurchschnitt, wo nur gut 4% erreicht wurden.

Gemessen an der gesamten Ausfuhr erhöhte sich der Anteil der EWG-Länder von 16%

im Jahre 1951 auf 21% im letzten Jahr. Der Anteil der EFTA-Länder verringerte sich im gleichen Zeitraum von 46% auf 40%. Der Anteil der Exporte in die Ostblockländer blieb dagegen bei rund 11%.

Karl-Heinz Hofmann

Vergleiche auch: "Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins in den Jahren 1962 und 1963" in Stat. Monatsh. S.-H. 1965, S. 18 (Januar) sowie "Der Außenhandel nach Waren im Jahre 1964", "Außenhandel 1965 nach Waren" und "Außenhandel 1966 nach Waren" in Wirtschaft und Statistik 1965, S. 110 (Februar), 1966, S. 204 (März) bzw. 1967, S. 196 (März)

Die Entwicklung der Erzeuger- und Großhandelspreise für Agrarprodukte im Jahre 1966

Die amtliche Statistik ermittelt im gesamten Bundesgebiet Erzeugerpreise für eine Auswahl von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Fertigwaren. Anhand dieser Erzeugerpreise, die regelmäßig bei einem gleichbleibendem Kreis von Berichtstellen erhoben werden, werden die verschiedenen "Indizes der Erzeugerpreise" und der "Preisindex ausgewählter Grundstoffe" errechnet.

Die wirtschaftliche Struktur Schleswig-Holsteins bringt es mit sich, daß hier von der gesamten Warenliste nur für eine verhältnismäßig kleine Auswahl Preise anfallen. Für industrielle Fertigwaren berichten in unserem Land nur wenige Firmen, so daß hierfür keine Landesergebnisse ermittelt werden können. Deshalb beschränken sich die Ergebnisse für Schleswig-Holstein in dieser Statistik auf den Agrarsektor, für den eine einigermaßen kontinuierliche Preisberichterstattung gewährleistet ist.

Die Preisentwicklung für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse hängt stark von den jeweiligen Ernteergebnissen ab. Darum werden für diese im allgemeinen Durchschnittspreise für das Wirtschaftsjahr (Juli bis Juni) berechnet. Die nachstehend geschilderte Entwicklung bezieht sich jedoch auf das Kalenderjahr. In diesen Jahresdurchschnittspreisen wirkt sich also die oft gegensätzliche Preisentwicklung von zwei Erntejahren aus.

Im Jahre 1966 sind von den erfaßten und vergleichbaren Erzeuger- und Großhandelspreisen für Agrarerzeugnisse 59% gestiegen und 41% zurückgegangen. Der für das Jahr 1965 festgestellte allgemeine Preisaufrtrieb hat sich damit merklich abgeschwächt, was hauptsächlich auf ein größeres Angebot zurückzuführen ist.

Im Jahresmittel haben sich die Preise für Kartoffeln, Rotbuchenstammholz, Ferkel, Schlachtschweine und -schafe, Seefische, Mehl und Käse gegenüber 1965 erhöht. Preisänderungen nach beiden Richtungen waren für Getreide, Gemüse, Südfrüchte, Futtermittel, Fleisch und Speisefette zu verzeichnen, während die Preise für Nutz- und Schlachtrinder, Schlachtkälber, Vollmilch, Eier und Äpfel mehr oder weniger stark zurückgegangen sind. Im einzelnen entwickelten sich die Preise gegenüber 1965 folgendermaßen:

Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft

Der Erzeugerpreis für Roggen hat sich um 1% erhöht, der Mühleneinkaufspreis stieg sogar um 2%. Besonders im ersten Halbjahr war Roggen gut gefragt und erzielte höhere Preise als im Vorjahr. Mit Beginn der neuen Ernte lagen die Preise im Juli und August dann zunächst unter dem vorjährigen Stand, der aber ab September wieder leicht überschritten wurde. Der Preis für Weizen hielt sich etwa auf der vorjährigen Höhe. Zwar waren im ersten Vierteljahr 1966 ebenfalls höhere Preise als im ersten Quartal 1965 zu verzeichnen, was jedoch durch teilweise niedrigere Preise ab Mai wieder ausgeglichen wurde. Futtergetreide ist um fast 3% billiger

Preisänderungen¹ 1966 gegenüber 1965

Warengruppe	Preiserhöhungen um ... %			Un- verän- derte Preise	Preisrückgänge um ... %			Keine ver- gleich- baren Preis- angaben
	über 10	über 5 bis 10	bis 5		bis 5	über 5 bis 10	über 10	
Anzahl der erfaßten Preise								
Erzeugnisse der (s)								
Land- und Forstwirtschaft	3	5	4	-	10	3	1	4
Gartenbaues	1	1	2	-	3	1	4	2
Fischerei	-	3	3	-	-	-	1	-
Nahrungs- und Futtermittelindustrie	5	10	12	-	9	2	-	2
Zusammen	9	19	21	-	22	6	6	8
dagegen 1965	29	18	34	-	6	-	1	5

1) soweit Preise aus mehreren Marktorten oder Handelsstufen vorliegen, wurde eine ungewogene Durchschnittsveränderung errechnet

geworden. Die Erzeugerpreise erreichten nur im ersten Jahresdrittel die vorjährige Höhe, blieben ab Mai aber merklich darunter.

Speisekartoffeln wurden im Jahresdurchschnitt um 7% teurer. Dies ist ausschließlich auf die sehr hohen Preise im ersten Halbjahr 1966 zurückzuführen. Die Ernte 1965 fiel verhältnismäßig schlecht aus, wodurch Speisekartoffeln im Frühjahr 1966 sehr knapp und teuer waren. Die gute Ernte 1966 brachte dann starke Preisrückgänge, die, abgesehen von einer vorübergehenden Erhöhung im Oktober (Einkellerungsmonat), bis zum Dezember anhielten.

Für Rotbuchenstammholz wurden bis einschl. August 1966 Preise erzielt, die um 2,- bis 8,- DM je Festmeter über denen der vergleichbaren Vorjahresmonate lagen. Im letzten Quartal fielen die Preise dann stark zurück. Im Jahresdurchschnitt ergab sich ein geringer Anstieg um 2%.

An Nutztürdieren sind in Lübeck 24% mehr aufgetrieben worden als im Jahre 1965. Besonders in der zweiten Jahreshälfte hat sich das Angebot gegenüber dem zweiten Halbjahr 1965 erheblich ausgeweitet. Die sehr hohen Preise des Vorjahres wurden bei hochtragenden Kühen in allen Monaten und bei Starken in den Monaten Januar bis Oktober unterschritten. Im Jahresmittel sind die Preise um 7 und 5% gesunken. Am Rendsburger Ferkelmarkt wurden rund ein Drittel Ferkel weniger angeliefert als im Vorjahre. Die Zufuhren blieben damit noch unter dem sehr niedrigen Angebot von 1963. Bis einschließlich August zogen die Notierungen stark an. Sie fielen dann aber schnell zurück und lagen im Dezember nur noch geringfügig über den Januarpreisen. Im Jahresmittel sind die Preise um 20 bis 22% gestiegen.

Noch stärker als das Angebot von Nutztürdieren, nämlich um rund zwei Fünftel, haben die Auf-

triebe an Schlachtrindern in Kiel und Lübeck zugenommen. Dem Husumer Markt wurden dagegen 12% weniger Schlachtrinder zugeführt. An allen drei Marktorten haben die Preise im Jahresmittel um 3 - 6% nachgegeben; sie lagen nur in den Monaten November und Dezember teilweise etwas höher als im Jahre 1965. Merklich zugenommen hat auch das Angebot an Schlachtkälbern, deren Preise um 2% zurückgingen. Nur in den ersten Monaten des Jahres 1966 waren Schlachtkälber z. T. etwas teurer als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Schlachtschweine wurden in Lübeck 6% und in Kiel 14% weniger aufgetrieben. Die Notierungen sind um 9 bis 10% gestiegen, und zwar lagen sie mit Ausnahme der Monate Oktober und November in allen Monaten höher als im Vorjahre, mit den Preisspitzen im August/September und den niedrigsten Preisen im Mai. Das Angebot an Schlachtschafen hat etwas zugenommen. Der Preis für Schlachthammel ist um 3% gestiegen.

Der absolute Molkereiauszahlungspreis für Vollmilch ging um gut 1% zurück. Rechnet man die angelieferten Mengen auf eine einheitliche Qualität von 3,7% Fettgehalt um, so ergibt sich für diese jedoch nur eine ganz geringe Preisermäßigung.

Für inländische Eier erhielt der Erzeuger im einfachen Jahresmittel 2,6 Dpf je Ei oder 16% weniger als im Jahre 1965. Ab März bewegte sich der Erzeugerpreis unter dem vorjährigen Niveau; er wies besonders ab August einen merklichen Abstand zum Vorjahre auf.

Erzeugnisse des Gartenbaues

Die Gemüseernte im Jahre 1966 fiel wesentlich besser aus als die des Vorjahres, wodurch

die Großhandelsverkaufspreise für Gemüse ab Jahresmitte wieder etwa auf das Niveau in der zweiten Hälfte 1964 zurückfielen. Beim Wintergemüse kommt diese Entwicklung im Jahresdurchschnitt nicht oder nur abgeschwächt zum Ausdruck, weil die hohen Preise der Monate Januar bis Mai für die knappe Vorjahresernte in den Jahresdurchschnittspreisen zu stark durchschlagen. Daraus erklärt sich auch der starke Preisanstieg im Jahresmittel für Rotkohl, der im Frühjahr 1966 drei- bis viermal so teuer war als im Vorjahre und im Herbst 1966, sowie die geringeren Erhöhungen bei Möhren und Steckrüben. Beim Feingemüse, wie Blumen- und Rosenkohl, Kopfsalat und grüne Bohnen, sind die niedrigeren Preise für die Ernte 1966 im Jahresdurchschnittspreis besser zu erkennen.

Äpfel waren im zweiten Halbjahr 1966 ebenfalls merklich billiger als vor Jahresfrist. Auch hier schlugen die hohen Preise in den Monaten Januar bis Mai 1966 stark zu Buch, so daß die Preissenkungen im Jahresmittel verhältnismäßig klein bleiben. Die Preisentwicklung für Apfelsinen und Zitronen war im Jahresverlauf ausgeglichener als im Jahr davor, gegenüber 1965 ergaben sich nur geringe Preisänderungen. Bananen waren dagegen in allen Monaten mit Ausnahme vom März billiger als im Vorjahre, wodurch der Jahresdurchschnittspreis um 9% zurückging.

Erzeugnisse der Fischerei

Bis auf Nordseeheringe, die um 12% billiger wurden, sind die Auktionspreise am Kieler Seefischmarkt im Durchschnitt des Jahres 1966 leicht gestiegen. Am stärksten erhöhten sich die Preise für Ostseeheringe (+ 9%) und am schwächsten die für Kabeljau und Dorsch (+ 1%).

Erzeugnisse der Nahrungs- und Futtermittelindustrie

Die Mühlenverkaufspreise für Mehl und Weizengrieß sind im Februar und erneut

im Dezember etwas heraufgesetzt worden. Im Jahresmittel ergab sich ein Preisanstieg um 1% für Roggenmehl und um 5 bis 7% für Weizenmehl und -grieß.

Futtermittel zeigten im Großhandel eine unterschiedliche Preisentwicklung. Roggen- und Weizenkleie haben sich um 5% verbilligt. Zurückgegangen sind auch die Preise für Rapsschrot um 4% und für Palmkernschrot und Fischmehl um 3%. Merklich teurer wurden demgegenüber Trockenschnitzel, Lein- saatschrot und -expeller um 11 und 16% sowie Sojaschrot um 8%. Die übrigen Preisänderungen hatten nur eine geringe Bedeutung.

Entsprechend der Entwicklung an den Schlachtviehmärkten ist Fleisch von Ochsen und Kühen im Großhandel um 3 und 5% billiger geworden. Der Preis für Kalbfleisch blieb fast unverändert. Schweine- und Hammelfleisch haben sich mit Erhöhungen um 13 und 7% stärker verteuert als Schlachtschweine und -hammel.

Die seit 1963 ansteigende Preistendenz für Käse hat sich 1966 noch etwas verstärkt. Ab Molkerei sind Edamer und Tilsiter Käse um 5 und 6% und Camembert Käse um 7 und 10% teurer geworden.

Der Molkereiverkaufspreis für Markenbutter ging Ende 1965 etwas zurück und blieb dann im Jahre 1966 unverändert, woraus sich der geringe Rückgang gegenüber 1965 erklärt. Nach dem starken Preisanstieg im Vorjahr wurde Speiseöl wieder um 4% billiger. Amerikanisches Schmalz dagegen verteuerte sich um 9%. Tafelmargarine verharrte das ganze Jahr hindurch auf dem im Juli 1965 erreichten Preisstand, während die Spitzensorten ab Februar 1966 wieder etwas billiger wurden. Trotzdem ergab sich gegenüber 1965 ein geringer Preisanstieg um 1 und 3%, weil die Preise von Januar bis Juni 1966 höher lagen als in den vergleichbaren Monaten 1965.

Heinrich Hevické

Kurzberichte

Die Wohnverhältnisse der Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ

– Ergebnis der 1%-Wohnungsstichprobe 1965 –

Auf Wunsch der Arbeitsgemeinschaft der Landesflüchtlingsverwaltungen sind aus dem Erhebungsmaterial der Wohnungsstichprobe 1965 nachträglich Zahlenangaben über die Wohnungsver-sorgung der Vertriebenen und Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone aufbereitet worden. Das Ergebnis besteht leider aus einem sehr gestrafften, knappen Programm; es bezieht sich nur auf die Besitzverhältnisse, Belegung und Ausstattung der

Wohnungen. Über das Gesamtergebnis der Wohnungsstichprobe ist in den Statistischen Monatsheften bereits ausführlich berichtet worden¹.

Als Vertriebene im Sinne der Zählung gelten alle Personen, die im Besitz des Bundesvertriebenenausweises A oder B sind, und zwar einschl. ihrer Kinder. Der Ausweis A oder B steht Personen zu, die ihren Wohnsitz in den unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in den Gebieten außerhalb der Grenzen des deutschen Reiches (Gebietsstand 31. 12. 1937) hatten

1) Vergl. Stat.Monatsh. S.-H. 1967, S. 39 ff. (Februar) und S. 60 ff. (März)

Vertriebene und Deutsche aus der SBZ sowie übrige Wohnungsinhaber
nach der Ausstattung der von ihnen bewohnten Wohnung

Bevölkerungsgruppe	Wohnungs- inhaber in 1 000	davon bewohnten eine Wohnung											
		mit		ohne		mit		ohne		mit		ohne	
		Bad				Sammelheizung				WC			
		in 1 000	%	in 1 000	%	in 1 000	%	in 1 000	%	in 1 000	%	in 1 000	%
Vertriebene und Deutsche aus der SBZ	228	163	72	65	28	63	28	164	72	197	86	31	14
Übrige	499	291	58	207	42	137	28	362	72	399	80	100	20
Insgesamt	726	454	63	272	37	201	28	526	72	596	82	131	18

und diesen infolge Vertreibung, Flucht, Ausweisung oder Aussiedlung verloren haben. Deutsche aus der SBZ sind alle Personen mit ihren Kindern, die nach dem letzten Kriege aus der sowjetischen Besatzungszone oder aus dem Sowjetsektor von Berlin in das Bundesgebiet (einschl. West-Berlin) zugezogen sind.

Im Herbst 1965 wurden von der Wohnungstichprobe 726 000 Inhaber von Normalwohnungen ermittelt. Hierunter waren 228 000 (31%) Vertriebene und Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone, 499 000 Wohnungsinhaber (69%) zählten nicht zum hier speziell untersuchten Personenkreis. Wir bezeichnen sie der Kürze wegen als "übrige Personen". Die Zählung unterschied hinsichtlich des Besitzverhältnisses der Wohnung zwischen Mietwohnungen und Eigentümerwohnungen. Im Landesdurchschnitt verteilten sich die Wohnungen auf diese beiden Merkmale im Verhältnis 61 : 39; unter den Wohnungsinhabern von Vertriebenen und Deutschen aus der SBZ waren dagegen 67% Besitzer einer Mietwohnung und nur 33% Eigentümer. Der Erwerb einer Wohnung im eigenen Haus oder einer Eigentumswohnung im Mehrfamilienhaus erfordert in der Regel für den Vertriebenen trotz weitgehender staatlicher Hilfe eine längere Zeit, um die hierfür benötigten Mittel zusammenzubekommen. Es versteht sich daher, daß die Vertriebenen und Zugezogenen häufiger Inhaber von Mietwohnungen sind als die übrigen Haushaltsvorstände.

Da für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein nach dem Kriege eine Vielzahl von Wohnungen erst neu gebaut werden mußte und diese fast ausnahmslos den modernen Anforderungen der Hygiene entsprechend mit WC, größtenteils auch mit Bad ausgestattet sind, ergibt sich gegenüber den übrigen Haushaltsvorständen eine bessere sanitäre Ausstattung in den von ihnen bewohnten Häusern. Wohnungen mit Bad und WC werden relativ häufiger von Flüchtlingen, Wohnungen ohne Bad und WC relativ häufiger von übrigen Personen bewohnt. Nur in den Komfortwohnungen mit Sammelheizung macht sich dieser Unterschied nicht bemerkbar.

In diesem Zusammenhang ist die häufig noch schlechte sanitäre Ausstattung der vielen alten Wohnungen auf dem Lande zu erwähnen (z. B. in Bauernhäusern oder Katen); ihre Besitzer sind meist "übrige Personen", und die Wohnungen befinden sich vielfach seit längerer Zeit in ihrem Eigentum. Im Hinblick auf das Wohnungseigentum sind die Einheimischen immer noch wesentlich besser gestellt als die Vertriebenen und Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone. Ferner sei angemerkt, daß die genannten Zahlen sich nur auf die Inhaber von Normalwohnungen beziehen. Ob der Anteil der Flüchtlinge in den Wohngelegenheiten (Notwohnungen) etwa größer ist als in den vollwertigen Wohnungen, läßt sich aus den Ergebnissen leider nicht entnehmen.

In der Belegung der Wohnungen mit Personen sind nennenswerte Unterschiede zwischen beiden Personengruppen kaum zu erkennen. Durchschnittlich wurde eine Flüchtlingswohnung von 3,1 Personen und eine Wohnung, deren Inhaber zu den übrigen Haushaltsvorständen zählte, von 3,0 Personen bewohnt. Nur in der Belegung der Eigentümerwohnungen zeigen sich erwähnenswerte Abweichungen, die auf die unterschiedliche Familienstruktur beider Personengruppen, wahrscheinlich auf die höhere Kinderzahl unter den Flüchtlingsfamilien, zurückzuführen sind. Die Eigentümerwohnungen der Flüchtlinge sind mit etwa 3,6 Personen je Wohnung stärker belegt als die der übrigen Haushaltsvorstände mit nur 3,3 Personen je Wohnung.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Kriegsopferversorgung 1963 und 1966

Am 31.12.1966 gab es in Schleswig-Holstein 116 000 Versorgungsberechtigte nach dem Bundesversorgungsgesetz, wobei die 1 800 Elternpaare als Einzelpersonen, d. h. doppelt gezählt sind. Das waren 8 400 (7%) weniger als Ende 1963.

Die Kriegsoferversorgung gewährt Leistungen zum Ausgleich von Gesundheitsschäden und deren wirtschaftlichen Folgen, die durch den Krieg hervorgerufen wurden. Die Versorgung, die das Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges von 1950 (BVG) für Beschädigte, Witwen, Waisen und Eltern vorsieht, besteht in Rentenleistungen sowie in einer gesundheitlichen, beruflichen und wirtschaftlichen Fürsorge. Die bundesgesetzliche Neuordnung der Kriegsoferversorgung nach dem zweiten Weltkrieg beruht auf Art. 74 GG; sie hat bewährte Grundgedanken und Verfahren des früheren Versorgungsrechts übernommen und sie den veränderten Verhältnissen anpaßt. Die Rente ist bei Beschädigten nach dem Grad der Minderung der Erwerbsfähigkeit abgestuft.

Eine Ausgleichsrente ergänzt die Grundrente. Zu den sonstigen Versorgungsleistungen wie Heil- und Krankenbehandlung, Pflegezulage, Bestattungs- und Sterbegeld gehört auch die individuelle Kriegsoferversorgung.

Von der Gesamtzahl der Ende 1966 anerkannten Versorgungsberechtigten waren 39% Beschädigte (1963 = 38%) und fast die Hälfte Witwen (49%; 1963 = 47%). Der Anteil der Waisen und Elternteile, der 1963 15% ausmachte, ist bis Ende 1966 auf 13% gesunken; ihre absolute Zahl hat mit rund 4 600 stärker als die der Beschädigten und Witwen abgenommen. Das kommt einerseits daher, daß Abgänge durch Tod bei den Eltern öfter vorkommen als bei den Beschädigten und Witwen - Fortzug oder Wiederverheiratung spielen daneben eine untergeordnete Rolle -, und zum anderen daher, daß die Waisen aus dem Versorgungsalter (25 Jahre) herauswachsen.

Sterbefälle, Fortzug und die Ergebnisse ärztlicher Nachuntersuchungen haben dazu geführt, daß die Zahl der Kriegsbeschädigten in Schleswig-Holstein im Berichtszeitraum weiterhin um 5% zurückging; ihre Zahl verminderte sich von 47 100 am 31.12.1963 auf 44 900 am Stichtag 1966. Die Abnahme betraf die Beschäftigtengruppen mit 30, 40, 50, 70 und 100 v.H. Erwerbsminderung, während die Zahl der um 60, 80 und 90 v.H. erwerbsgeminderten Kriegsbeschädigten zugenommen hat. Absolut am stärksten abgenommen hat die Zahl der Kriegsbeschädigten mit 30%iger Erwerbsminderung, nämlich um 900, am stärksten zugenommen hat die der 90%ige erwerbsgeminderten mit 260. Am 31.12.1966 verteilten sich die Kriegsbeschädigten auf die Beschäftigtengruppen wie folgt:

MdE %	Beschädigte Anzahl	%	MdE %	Beschädigte Anzahl	%
30	16 100	36	70	5 300	12
40	6 700	15	80	2 600	6
50	8 700	19	90	670	1
60	2 700	6	100	2 100	5

Für das Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) wurden am 31.12.1966 1 317 000 anerkannte Kriegsbeschädigte ausgewiesen; das waren 59 000 oder 4,3% weniger als Ende 1963. Der Anteil Schleswig-Holsteins an der Zahl der Kriegsbeschädigten des gesamten Bundesgebietes belief sich auf 3,4%.

Bei den Witwen war in Schleswig-Holstein von 1963 bis 1966 ein Rückgang um 1 600 (2,8%) festzustellen. Die Gruppe der Waisen hat wiederum erheblich stärker abgenommen, nämlich die Halbweisen um 4 700 (57%) und die Vollwaisen um 300 (46%). Die Elternteilrentner haben dagegen um 400 (6%) zugenommen, die Renten für Elternpaare geringfügig abgenommen (0,5%).

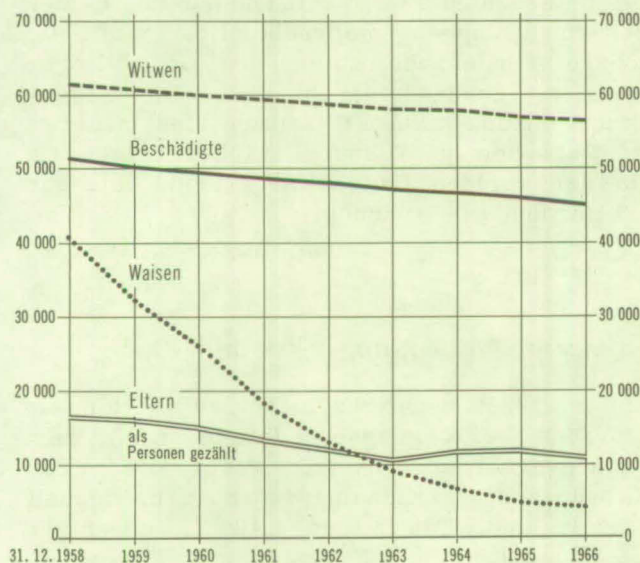
Das bedeutet, daß die Zahl der Kriegshinterbliebenen insgesamt wie schon in den Jahren vor 1963 sehr viel mehr als die Zahl der Kriegsbeschädigten zurückgegangen ist, nämlich um 8%; ihre Zahl verminderte sich von 77 200 am 31.12.1963 auf 71 000 Ende 1966. Im Bundesgebiet gab es Ende 1966 1,4 Mill. Kriegshinterbliebene; das waren 55 000 (3,7%) weniger als Ende 1963. Der Anteil Schleswig-Holsteins an der Zahl der Kriegshinterbliebenen des gesamten Bundesgebietes belief sich auf 4,9%.

In Schleswig-Holstein kamen Ende 1966 auf 1 000 Einwohner 47 Versorgungsberechtigte.

Der gesamte Rentenaufwand in Schleswig-Holstein ist gestiegen. Während 1963 noch 152,7 Mill. DM für Beschädigten-, Hinter-

D-3822

VERSORGUNGSBERECHTIGTE nach dem Bundesversorgungsgesetz



bliebenen- und Elternrenten aufgebracht werden mußten, waren es 1966 204,7 Mill. DM. Das bedeutet einen Anstieg von 34%.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Kriegs- und Schwerbeschädigte am 31. 12. 1963" in Stat. Monatsh. S.-H. 1964 S. 184 (Juli) und Bundesversorgungsblatt 1967 S. 44 (März)

Schlepper in der Landwirtschaft

Die hier veröffentlichten Schlepperbestandszahlen in der Landwirtschaft für das Jahr 1965 sind das Ergebnis einer von der Landwirtschaftskammer durchgeführten Sonderauszählung aus den Anträgen zur Gasölbetriebsbeihilfe. Diesen Zahlen wurden Ergebnisse verschiedener früherer Jahre gegenübergestellt. Da die Zahlen für die verschiedenen Jahre unterschiedlichen Quellen und Erhebungen entstammen, müssen gewisse Vorbehalte bezüglich der Vergleichbarkeit in den letzten Stellen gemacht werden. Für die allgemein aus diesen Zahlen zu ziehenden Informationen sind die Vergleichbarkeitsstörungen jedoch unerheblich.

1965 wurden in Schleswig-Holstein 54 200 Schlepper registriert. Davon waren 52 600 im Alleinbesitz landwirtschaftlicher Betriebe; knapp 1 600 Schlepper wurden überbetrieblich eingesetzt, hauptsächlich von Lohnunternehmen.

Von den Schleppern im Alleinbesitz landwirtschaftlicher Betriebe hatten 15% eine Nennleistung bis zu 17 PS. In den Kleinbetrieben sind solche leistungsschwachen Schlepper noch häufiger zu finden als Schlepper der höheren PS-Klassen. Bei den leichten Schleppern in den mittelbäuerlichen und großbäuerlichen Betrieben dürfte es sich vielfach schon um Zweitschlepper für leichte Transport- und Pflegearbeiten handeln.

Ein Viertel aller Schlepper hatte 18 bis 24 PS Leistung, weitere 34% 25 bis 34 PS. Diese

mittelstarken Schlepper wurden bereits von den kleinbäuerlichen Betrieben mit 10 bis unter 20 ha LN, mehr noch von den mittelbäuerlichen Betrieben mit 20 bis unter 50 ha LN bevorzugt.

Von allen Schleppern zählte bereits ein Viertel zu der obersten Leistungsklasse von 35 und mehr PS. Eingesetzt wurden diese schweren Schlepper vor allem in Betrieben über 20 ha LN. Von den Schleppern in den großbäuerlichen und Großbetrieben gehörten 1965 bereits die Hälfte dieser obersten Leistungsklasse an.

Wie die vorstehende Übersicht zeigt, wurden die schweren Schlepper besonders in den letzten Jahren bevorzugt. Sie haben absolut und relativ die weitaus höchste Zuwachsrate zwischen 1960 und 1965 aufzuweisen, während die Schlepper mit 18 bis 24 PS zahlenmäßig nicht mehr zugenommen, die bis 17 PS sogar abgenommen haben.

Schlepper¹ im Alleinbesitz landwirtschaftlicher Betriebe nach der Betriebsgröße

Betriebsgrößenklasse nach der LN in ha	1949 (LBZ)	1960 ² (LZ)	1965	Veränderung 1965 gegenüber 1960	
				Anzahl	%
unter 5	47	1 501	1 628	+ 127	+ 8
5 - 10	64	2 174	2 859	+ 685	+ 32
10 - 20	213	8 248	9 870	+ 1 622	+ 20
20 - 50	1 896	18 675	26 501	+ 7 826	+ 42
50 u. mehr	2 648	7 920	11 776	+ 3 856	+ 49
Zusammen	4 868	38 518	52 634	+ 14 116	

1) Vierrad- und Kettenschlepper

2) 1960 ohne 38 Schlepper in Forstbetrieben

Diese Entwicklung geht einher mit der Zunahme der Zahl größerer Betriebe auf Kosten der Zahl der Kleinbetriebe. In diesen Zahlen, wie auch in anderen statistischen Ergebnissen

Zahl der Schlepper am 31. 12. 1965

- Vierrad- und Kettenschlepper -

Schlepper im ...	Nennleistung des Schleppers				Zusammen
	bis 17 PS	18 bis 24 PS	25 bis 34 PS	35 und mehr PS	
Alleinbesitz landwirtschaftlicher Betriebe	8 152	13 200	18 004	13 278	52 634
davon in Betrieben mit					
unter 5 ha LN	1 046	366	152	64	1 628
5 - 10 " "	1 342	870	511	136	2 859
10 - 20 " "	2 194	3 595	3 287	794	9 870
20 - 50 " "	2 705	6 900	10 147	6 749	26 501
50 und mehr ha LN	865	1 469	3 907	5 535	11 776
gemeinschaftlichen Besitz landw. Betriebe	9	20	52	30	111
Besitz von Genossenschaften	8	11	126	62	207
Besitz von Lohnunternehmen	41	67	504	644	1 256
Insgesamt	8 210	13 298	18 686	14 014	54 208

Schlepper¹ im Alleinbesitz landwirtschaftlicher Betriebe nach der Leistung

Nennleistung des Schleppers	1949 ²	1955 ³	1960 ⁴	1965 ⁵	Veränderung 1965 gegenüber 1960	
					Anzahl	%
bis 17 PS	870 ^a	6 093	9 396	8 152	- 1 244	- 13
18 bis 24 PS	1 869 ^b	6 793	13 009	13 200	+ 191	+ 1
25 bis 34 PS	1 081 ^c	7 067	11 886	18 004	+ 6 118	+ 51
35 PS und mehr	1 048 ^d	1 726	4 265	13 278	+ 9 013	+ 211
Zusammen	4 868	21 679	38 556	52 634	+ 14 078	+ 37

1) Vierrad- und Kettenschlepper

2) Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949

3) Auszählung aus den Kraftfahrzeugzulassungslisten jeweils zum Jahresende

4) Landwirtschaftszählung 1960, Ende Mai (einschl. Forstbetriebe)

5) Auszählung aus den Anträgen zur Gasölbetriebsbeihilfe

a) bis 18 PS (bis 10 PS einschl. Einachsschlepper)

b) 19 bis 25 PS

c) 26 bis 35 PS

d) 36 PS und mehr

(Verminderung des Arbeitskräftebestandes; weniger, aber dafür größere Viehhaltungen) werden die starken Wandlungen innerhalb der Landwirtschaft, die laufenden Rationalisierungsbestrebungen und der verstärkte Einsatz von Kapital deutlich.

Während 1949 erst auf gut 200 ha LN ein Schlepper entfiel, kam 1960 ein Schlepper bereits auf etwa 30 ha LN und 1965 auf nur 22 ha LN. Hinzu kommt, daß die vorhandenen Schlepper zunehmend leistungsstärker geworden sind.

Dabei war und ist der Schlepperbesatz in den größeren Betrieben wesentlich höher als in den Kleinbetrieben.

Die Hälfte aller Schlepper war 1965 in mittelbäuerlichen Betrieben von 20 bis unter 50 ha LN zu finden. Gut die Hälfte des Zuwachses an Schleppern entfällt auch auf diese Betriebs-

größerenklasse. Relativ noch höher ist die Zunahme an Schleppern in den Betrieben mit 50 und mehr ha LN, während in den kleinbäuerlichen und Kleinbetrieben, die selbst auch an Zahl abnehmen, wesentlich weniger Schlepper hinzugekommen sind.

1965 hatte von den landwirtschaftlichen Betrieben mit 5 - 10 ha LN nur etwa die Hälfte einen Schlepper, von den Betrieben mit 10 - 20 ha LN auch erst gut 80%. Die Betriebe mit 20 - 50 ha LN hatten etwa zur Hälfte bereits zwei Schlepper, während auf jeden Betrieb mit 50 und mehr ha LN bereits im Durchschnitt mehr als drei Schlepper entfielen.

Dr. Matthias Sievers

Vergleiche auch: "Die Verwendung von Zug- und Antriebsmaschinen in der Landwirtschaft 1960" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 328 (November)

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
100 Jahre Kreise	8/170
Bevölkerungsbewegung	
Ehescheidungen	8/182
Unterricht, Bildung und Kultur	
Sportstätten	4/86
Volksschule von gestern bis heute	5/105
Rechtspflege und öffentliche Sicherheit	
Brände 1966	5/119
Wahlen	
Landtagswahl 1967	6/124
Landtagswahl, Alter und Geschlecht	7/148
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Blumen- und Zierpflanzenanbau	7/152
Ernten 1966	5/107
Obstbäume 1965	4/91
Ölfrüchte	3/63
Viehbestände 1966	6/138
Weinbestände 1962 – 1966	8/185
Zwischenfrüchte 1966	4/95
Industrie und Handwerk	
Handwerk 1966/67	6/143
Umsatzstruktur Handwerk	2/27
Wasserwirtschaft, Öffentliche –	7/159
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohnverhältnisse 1965 (1. Teil)	2/39
Wohnverhältnisse 1965 (2. Teil)	3/60
Handel und Gastgewerbe	
Umsätze im Gastgewerbe 1966	4/88

Verkehr	
Grenzverkehr 1956 — 1965	2/45
Straßen in Schleswig-Holstein	3/51
Geld und Kredit, Versicherungen	
Realkreditinstitute	1/15
Öffentliche Sozialleistungen	
Finanzen der Krankenkassen	3/33
Jugendhilfe, Öffentliche —	4/76
Krankenversicherung	1/17
Kriegsopferfürsorge	7/163
Rentenversicherung	1/23
Öffentliche Finanzen	
Lohnsteuerpflichtige, Schichtung der — (n)	6/134
Personalausgaben 1951 bis 1965	3/56
Spitzengehälter 1965	6/143
Verschuldung der Gemeinden	1/4
Preise	
Agrarprodukte, Preisindex für —	8/188
Gastgewerbe, Preise im — 1965	5/113
Versorgung und Verbrauch	
Urlaubsausgaben	3/67
Verbrauch in Bauernhaushalten	1/10
Sozialprodukt	
Bruttoinlandsprodukt 1950—1965	5/100
Bruttoinlandsprodukt der Landwirtschaft	6/140

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 19. Jahrgang . Heft.9 . Sept. 1967

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 457	2 455	2 459	2 463	2 482	2 485
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 729	2 111	1 767	2 314	1 501	2 007
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,4	10,1	8,8	11,1	7,4	9,5
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 828	4 081	3 861	3 696	3 919	4 060
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,7	19,6	19,1	17,7	19,2	19,3
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 484	2 518	2 355	2 307	2 494	2 508
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	12,1	12,1	11,7	11,0	12,2	11,9
*	darunter im ersten Lebensjahr	93	79	78	82	79	66	70
* Geburtenüberschuß	Anzahl	32,6	20,5	19,1	21,2	21,4	16,8	17,2
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	694	1 343	1 563	1 506	1 389	1 425	1 552
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	6,6	7,5	7,5	6,7	7,0	7,4
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 701	8 634	8 050	7 585	8 998	8 129
* Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 236	5 713	5 060	5 531	7 104	6 202
* Wanderungsgewinn		260	1 465	2 921	2 990	2 054	1 894	1 927
* Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	9 945	10 335	8 439	8 917	12 850
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	23 882	24 682	21 549	22 033	28 952
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	170	165	168	149	148	205
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	50	8	6	5	5	25	21	17	...
darunter * Männer	1 000	31	6	4	3	3	18	15	12	...
Offene Stellen	1 000	5	19	22	23	22	11	12	12	...
darunter für Männer	1 000	3	9	11	12	11	4	5	5	...
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 393 ^a	.	1 507	.	.	1 500	.	.
darunter * Milchkühe	1 000	426 ^a	511 ^a	.	503	.	.	501	.	.
* Schweine	1 000	1 279 ^a	1 689 ^a	.	1 677	.	.	1 731	.	.
darunter * Zuchtsauen	1 000	126 ^a	169 ^a	.	171	.	.	188	.	.
darunter * trächtig	1 000	77 ^a	107 ^a	.	108	.	.	121	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren⁵⁾										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	28	22	18	21	25	24	21	24
* Kälber	1 000 St.	5	4	5	4	3	5	5	4	3
* Schweine	1 000 St.	81 ^b	157	162	141	149	161	155	152	167
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	10 ^c	4	2	2	8	5	3	3
* Gesamtschlachtgewicht										
aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	19,5	19,2	16,6	17,8	19,6	19,1	18,3	19,8
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	6,4	5,2	4,1	4,6	5,9	5,4	4,9	5,3
* Schweine	1 000 t	5,9	12,8	13,8	12,2	12,9	13,4	13,4	13,1	14,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder	kg	223	236	234	233	226	241	229	232	227
Kälber	kg	49	58	60	64	62	56	60	65	61
Schweine	kg	89	88	87	88	88	88	89	88	87
Milcherzeugung										
* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	176	242	221	196	228	248	223	199
darunter * an Molkereien geliefert	%	87	90	92	93	93	91	92	93	93
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,5	15,4	14,6	12,5	14,9	15,7	14,5	12,5

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1966/67 = 17

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Industrie und Handwerk										
Industrie⁷⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	164	178	179	179	179	170	170	170	...
darunter *Arbeiter ⁸⁾	1 000	136	139	140	140	140	131	131	131	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	22 756	22 752	23 134	19 824	20 861	20 734	21 399	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	105,5	102,7	111,3	111,6	94,5	104,1	105,8	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	42,0	41,2	42,5	42,6	42,1	42,8	43,5	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	49	46	47	47	45	43	41	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	9 830	10 072	10 523	11 376	10 903	12 588	11 820	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	78	74	68	69	83	78	68	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	123	119	118	113	128	125	122	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	38	35	33	37	40	37	35	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	790	778	817	723	817	790	856	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	111	109	152	81	92	119	155	...
Produktionsindex	1958=100	100	142	149	148	125	145	146	143	...
Steine und Erden		100	158	180	192	186	165	172	188	...
Eisen-, Stahl- und Temperguß		100	135	145	157	76	120	116	120	...
Schnittholz und Sperrholz		100	100	114	121	98	95	95	92	...
Zellstoff, Papier und Pappe		100	136	140	139	139	141	134	134	...
Gummi- und Asbestwaren		100	197	231	210	89	214	223	217	...
Wasserfahrzeuge		100	86	90	85	68	96	91	88	...
Maschinenbauerzeugnisse		100	141	145	155	106	157	140	135	...
Elektrotechnische Erzeugnisse		100	141	152	146	116	140	125	132	...
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		100	180	178	174	176	194	193	202	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		100	189	197	199	151	175	174	180	...
Leder		100	36	50	29	32	20	18	14	...
Schuhe		100	93	89	83	55	91	39	72	...
Textilien		100	93	101	105	58	91	88	94	...
Bekleidung		100	126	142	121	77	124	90	83	...
Fleisch und Fleischerzeugnisse		100	190	176	189	178	168	188	183	...
Fisch und Fischerzeugnisse		100	147	143	119	103	157	134	121	...
Meiereierzeugnisse		100	136	197	172	133	194	227	174	...
außerdem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe		100	136	163	161	147	138	150	146	...
Handwerk (Meßziffern)										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) ¹²⁾	30. 9. 1962=100	-	101	.	101	.	.	.	96	...
*Umsatz	Vj. -D 1962=100	-	132	.	131	.	.	.	120	...
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100	-	134	.	131	.	.	.	123	...
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	149	134	112	112	181	161	124	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	143	304	273	264	266	309	293	285	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	23	18	16	16	23	19	18	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschl. gewerblicher Lehrlinge 9) einschl. Lehrlingsstunden 10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) Beschäftigte in Betrieben, die nur das ganze Jahr 1962 bestanden haben; ab 1966 neuer Berichtskreis

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe ¹³⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)		55 228	66 044	67 502	68 209	68 089	57 724	58 866	59 891	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 344	10 724	11 039	10 110	8 596	9 178	9 668	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 977	4 618	4 676	4 116	3 989	4 232	4 325	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 844	4 382	4 526	4 301	3 252	3 508	3 701	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	51,6	59,2	61,9	56,4	44,1	49,2	51,0	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,6	4,4	4,4	4,5	4,3	4,3	4,3	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	154,5	147,2	176,4	175,4	117,8	139,0	160,7	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	949	995	1 364	1 129	958	741	975	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	168	193	190	186	128	116	199	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	124,1	123,1	175,9	136,5	181,1	97,7	155,2	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	90,1	89,2	138,5	105,6	134,4	76,4	110,0	...
*Umbauter Raum insgesamt (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 314	1 318	2 032	1 432	1 674	1 056	1 612	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	839	854	1 328	969	1 226	709	1 025	...
*Wohnungen		2 109	2 298	2 269	3 596	2 625	3 712	2 065	2 803	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 021	1 866	3 283	2 313	3 461	1 785	2 505	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 385	1 801	1 082	1 316	1 200	1 447	1 401	...
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 181	7 051	4 374	5 610	5 064	6 033	6 043	...
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	1 797	705	722	574	852	532	756	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 263	618	1 289	1 070	1 032	1 310	1 599	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	22 079	21 190	19 994	20 598	22 327	21 016	22 041	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	34 287	31 700	30 330	28 909	28 891	30 157	31 992	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	137,1	145,3	225,4	98,7	135,0	149,2	140,3	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	10,7	8,6	10,1	10,8	11,3	11,2	13,7	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	126,4	136,7	215,3	87,9	123,7	137,9	113,5	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,5	3,4	3,0	2,7	4,0	3,3	3,5	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	11,5	9,3	18,3	12,0	10,9	10,3	9,6	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	111,4	124,0	196,0	73,1	108,9	124,3	113,5	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	6,7	7,0	7,0	7,0	9,1	9,0	7,7	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	104,7	117,0	189,0	66,9	99,7	115,2	105,8	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	29,2	28,2	28,3	27,9	36,6	39,3	38,6	...
darunter										
Italien	Mill. DM	1,7	6,6	6,4	6,7	5,9	10,5	14,0	11,8	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	10,6	9,2	10,1	9,6	12,5	12,5	14,2	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	55,4	75,1	109,2	36,0	60,5	53,9	59,7	...
darunter										
Dänemark	Mill. DM	3,7	10,7	7,8	10,8	14,0	9,3	7,9	14,8	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,2	5,5	6,7	5,3	5,0	5,0	8,2	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	20,0	33,1	75,8	1,7	3,1	26,2	22,3	...
Schweden	Mill. DM	6,3	9,2	20,8	5,7	4,1	33,8	5,1	5,5	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	163	169	258	405	p 102	p 174	p 250	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	19	19	26	60	p 13	p 20	p 28	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 143	722	1 903	3 763	p 334	p 859	p 2 092	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	39	34	52	126	p 22	p 34	p 54	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet

14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt	May	Juni	Juli	April	May	Juni	Juli	
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	240	213	246	256	228	227	247	...
*Güterversand	1 000 t	195	353	360	400	368	385	396	380	...
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	5 521	5 075	5 900	4 883	6 120	5 992	5 312	...
darunter										
Krafträder (einschl. Motorroller)		227	11	15	16	12	20	18	17	...
*Personenkraftwagen		2 107	4 311	3 937	4 523	3 797	4 948	4 865	4 169	...
*Kombinationskraftwagen		175	440	411	490	421	446	480	437	...
*Lastkraftwagen		293	390	412	452	344	400	375	404	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden		918	1 115	1 204	1 229	1 307	1 109	1 290	p 1 352	p 1 414
*Getötete Personen		40	60	53	56	73	51	56	p 58	p 79
*Verletzte Personen		1 130	1 502	1 699	1 672	1 879	1 478	1 827	p 1 849	p 2 007
Geld und Kredit										
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)										
*Kredite an Nichtbanken (Bestand am Monatsende)	Mill. DM	3 105 ^d	8 993 ^d	8 671	8 816	8 780	9 211	9 260	9 441	...
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	2 078 ^d	2 153	2 239	2 186	2 183	2 181	2 325	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	2 053 ^d	2 147	2 212	2 173	2 155	2 169	2 292	...
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM	2 165 ^d	6 915 ^d	6 518	6 577	6 594	7 029	7 079	7 115	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	5 922 ^d	5 584	5 640	5 652	6 001	6 045	6 081	...
*Einlagen von Nichtbanken (Bestand am Monatsende)	Mill. DM	2 067 ^d	5 575 ^d	5 229	5 194	5 265	5 828	5 850	5 808	...
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 906 ^d	1 877	1 819	1 861	2 009	2 017	1 853	...
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM	857 ^d	1 589 ^d	1 574	1 548	1 586	1 624	1 616	1 613	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	3 668 ^d	3 352	3 376	3 404	3 818	3 833	3 855	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	2 412 ^d	2 228	2 240	2 252	2 507	2 515	2 524	2 533
darunter *bei Kreditbanken	Mill. DM	.	745 ^d	669	675	683	777	781
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	182	141	151	192	155	153
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	141	123	128	164	133	138
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	11	5	7	6	11	9	13	...
Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	1	-	-	-	1	2	4	...
Wechselproteste	Anzahl	636	839	783	863	968	840	916
	Wert	1 000 DM	465	1 118	881	1 166	1 191	1 172	1 085	...
Steuern										
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	32 185	81 845	56 594	121 225	57 482	55 311	61 398	129 280	62 262
darunter										
*Vermögenssteuer	1 000 DM	1 463	3 256	8 282	781	659	1 028	10 955	1 523	2 510
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	9 680	9 316	9 651	9 308	11 066	10 062	10 014	10 057
*Biersteuer	1 000 DM	420	758	654	694	884	566	746	746	962
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	24 497	63 278	33 424	104 476	42 805	38 127	34 693	112 031	43 169
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM	93 577	159 218	135 770	198 983	141 242	137 127	135 023	196 872	151 914
darunter										
*Umsatzsteuer	1 000 DM	26 688	51 856	49 023	51 713	51 931	49 118	44 122	52 822	55 492
*Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	3 113	4 851	5 004	4 834	5 065	3 997	4 822	4 173	5 237
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 510	1 538	1 498	1 684	1 443	1 522	1 674	1 720
*Zölle	1 000 DM	7 838	6 706	7 141	7 141	6 441	6 159	7 358	5 368	5 658
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	53 838	51 695	66 996	48 753	54 016	56 823	67 033	58 455
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	34 275	31 170	33 236	34 642	35 050	36 665	23 643	57 103
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	13 191	40 456	21 369	66 796	27 367	22 392	20 375	65 796	25 353
Notopfer Berlin	1 000 DM	354	2	-	0	6	1	2	5	2
*Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	4 685	9 185	1 361	1 871	2 497	8 802	2 094	1 844
*Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM	37 688	103 734	54 793	171 271	70 172	60 519	55 068	177 827	68 522
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	49 840	37 178	39 684	52 125	40 030	35 447	38 446	54 625
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	43 119	15 297	104 308	15 799	18 885	14 718	113 636	11 046
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	917	870	1 385	1 730	486	555	1 121	1 678
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	9 858	1 450	25 894	518	1 118	4 348	24 624	1 173

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschl. durchlaufender Kredite 16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
noch: Steuern										
Gemeindesteuereinnahmen¹⁷⁾										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	102 550 ⁺		100 166 ^e				104 300 ^e	
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 228 ⁺		6 906 ^e				7 293 ^e	
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	16 865 ⁺		16 972 ^e				18 049 ^e	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	70 283 ⁺		68 561 ^e				71 400 ^e	
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	8 175 ⁺		7 726 ^e				7 558 ^e	
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	7 745 ⁺		8 019 ^e				7 304 ^e	
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100		108,2	109,9	108,4	108,0	105,2	104,9	105,7	...
Verkaufspreise für Ausfuhrsgüter	1962=100		107,0	107,4	107,6	107,8	106,8	106,6	106,7	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	107,8	107,6	108,0	108,1	103,6	103,0	103,1	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1962=100	97,2 ^f	105,8	106,2	106,1	106,2	104,7	104,8	104,7	...
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^f	114,1 ^g	111,9	113,7	113,4	106,5	104,8	105,6	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	118,5	119,1				116,0		
Einkaufspreise landwirtschaftlicher										
Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1962/63=100 ^h	90,8 ^f	107,7 ^g	109,2	109,5	109,2	110,1	109,7	109,5	...
Einzelhandelspreise	1958=100 ^h	100	119	119	119	119	120	120	120	...
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1962=100	92,7	112,8	113,3	113,3	113,3	114,5	114,8	115,0	115,1
darunter										
Nahrungs- und Genußmittel			112,0	113,5	113,5	112,8	112,8	113,4	113,7	...
Kleidung, Schuhe			110,5	110,3	110,3	110,4	112,2	112,2	112,1	...
Wohnungsmieten			129,7	128,8	129,2	130,5	137,4	137,8	138,2	...
Elektrizität, Gas, Brennstoffe			107,5	105,8	106,1	106,5	106,0	106,1	106,5	...
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung			108,3	108,3	108,3	108,4	108,5	108,4	108,3	...
Löhne und Gehälter¹⁹⁾										
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	117	221			225	222			...
darunter Facharbeiter	DM	124	234			238	233			...
*weiblich	DM	68	135			137	134			...
Bruttostundenverdienste										
*männlich	DM	2,44	4,85			4,91	5,00			...
darunter Facharbeiter	DM	2,59	5,16			5,22	5,28			...
*weiblich	DM	1,53	3,25			3,29	3,37			...
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	45,6			45,8	44,3			...
*weiblich	Std.	44,2	41,5			41,6	39,7			...
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	41,9			39,3	42,8			...
*weiblich	Std.	41,4	37,5			32,0	38,6			...
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	1 101			1 102	1 152			...
*weiblich	DM	382	717			720	748			...
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	1 216			1 229	1 241			...
*weiblich	DM	403	741			740	768			...
in Handel, Kredit und Versicherungen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	969			972	991			...
*weiblich	DM	331	603			602	614			...
technische Angestellte										
männlich	DM	497	1 114			1 113	1 109			...
weiblich	DM	(259)	(744)							...
in Industrie und Handel zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	1 010			1 012	1 040			...
*weiblich	DM	347	636			635	652			...
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	1 208			1 221	1 231			...
*weiblich	DM	391	741			740	769			...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

17) einschl. Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushalts-

vorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1962

19) Effektivverdienste; ab

1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1.4. - 30.6.

f) Wirtschaftsjahr 1958/59

(Juli-Juni) g) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli-Juni)

h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen A

erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahresmittel) in 1 000	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produ- zierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Dienst- leistungen
1958	2 267	8,8	15,2	11,5	8	3	971	185	367	195	224
1963	2 364	9,4	18,4	12,3	15	10	997	133	392	218	254
1964	2 392	9,1	18,9	11,7	17	13	1 003	130	395	214	264
1965	2 423	8,8	18,5	12,4	15	19	1 021	125	398	225	273
1966	2 457	8,4	18,7	12,1	16	18	1 003	116	389	218	280

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen							Volkseinkommen				
	Schüler am 2.5.			Schulabgänger in %				Brutto-Inlandsprodukt				Netto- Inlands- produkt in Mill. DM
	Volks- und Sonder- schulen	Real- schulen und Aufbau- zug- klassen	Gym- nasien	mit weniger als Volks- schul- abschluß	mit Volks- schul- abschluß	mit mittlerem Abschluß	mit Abitur	in jeweiligen Preisen			in konstanten Preisen in Mill. DM	
								Mill. DM	Jährliche Zuwachs- rate in %	DM je Ein- wohner		
1958	229	43	36	8 464	9,9	3 734	7 571	
1963	225	41	32	13 088	7,6	5 537	9 798	10 172
1964	221	41	33	29	43	21	7	14 193	8,4	5 934	10 174	p 11 019
1965	225	41	34	27	44	22	7	p 15 425 ^a	p 8,7 ^a	p 6 367 ^a	p 10 635 ^a	.
1966	231	41	37	26	45	23	7	16 600 ^a	7,5 ^a	6 703 ^a	11 000 ^a	.

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung 3)		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ²⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	ins- gesamt	darunter Milchkühe									
	1958	1 129	426	1 279	3 522	293	1 745	1 699	3 946	1 045	794
1963	1 273	472	1 601	4 637	418	2 273	1 903	3 982	1 252	732	536
1964	1 291	479	1 716	4 753	354	2 336	1 929	4 084	1 477	637	636
1965	1 379	505	1 701	4 884	332	2 462	2 023	4 220	1 311	466	452
1966	1 393	511	1 689	5 261	417	2 395	2 112	4 183	1 264	459	521

Jahr	Industrie ⁴⁾											
	Beschäftigte (Jahresmittel)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz		Energieverbrauch			Produktions- index der Industrie 6) 1958=100	Bau- haupt- gewerbe Beschäftigte 7) am 30. 6.
	ins- gesamt	Arbeiter				ins- gesamt	mit dem Ausland	Kohle 1 000 t SKE 5)	Heizöl			
	in 1 000		Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM		ins- gesamt		schwer	1 000 t		
	1958	164	136	293	638	197	5 744	782	892	378	.	100
1963	174	139	278	966	347	7 966	1 000	659	789	695	131	70 728
1964	174	138	276	1 053	386	8 078	921	679	840	733	133	70 651
1965	178	140	278	1 185	450	8 954	1 101	654	920	792	138	70 015
1966	178	139	273	1 266	504	9 485	1 331	585	937	787	142	68 410

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen 2) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner 3) gewerbliche und Hausschlachtungen, einschl. des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang 4) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 5) eine t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 6) ohne Energie und Bau; von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt 7) bis einschl. 1962 Stichtag = 31.7.; ab 1962 einschl. unbezahlter mithelfender Familienangehöriger a) erste vorläufige Ergebnisse

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 5. 1967			Bevölkerungsveränderung im Mai 1967			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Juli 1967 (vorläufige Zahlen)		
	ins- gesamt	Veränderung gegenüber		Geburten- überschuß	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevöl- kerungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor- monat	Vor- jahres- monat 1)						
		in %							
FLensburg	96 522	- 0,2	- 0,1	10	- 220	- 210	46	4	60
KIEL	269 694	+ 0,2	+ 0,0	120	311	431	99	4	130
LÜBECK	242 596	+ 0,1	+ 0,5	94	77	171	129	5	183
NEUMÜNSTER	73 573	- 0,0	- 0,9	42	- 64	- 22	42	1	55
Eckernförde	71 689	+ 0,2	+ 1,5	62	99	161	51	1	68
Eiderstedt	19 738	+ 0,2	+ 0,5	27	8	35	10	1	12
Eutin	94 711	+ 0,2	+ 1,2	45	129	174	84	7	155
Flensburg-Land	71 487	+ 0,2	+ 1,5	42	78	120	48	6	66
Hzgt. Lauenburg	140 222	+ 0,1	+ 1,0	76	52	128	65	5	90
Husum	65 796	+ 0,0	+ 0,9	41	- 14	27	42	3	78
Norderdithmarschen	60 577	+ 0,1	+ 1,5	45	41	86	37	2	57
Oldenburg (Holstein)	85 792	+ 0,3	+ 1,1	50	246	296	71	3	110
Pinneberg	257 676	+ 0,1	+ 2,6	231	26	257	125	5	150
Plön	117 125	+ 0,0	+ 1,3	71	- 21	50	72	4	101
Rendsburg	164 741	+ 0,1	+ 0,4	126	2	128	81	5	117
Schleswig	100 294	- 0,0	+ 1,3	50	- 51	1	50	3	72
Segeberg	109 382	+ 0,2	+ 2,8	90	124	214	73	7	96
Steinburg	127 867	+ 0,0	+ 1,2	79	- 59	20	73	2	97
Stormarn	171 694	+ 0,3	+ 3,8	153	418	571	120	6	186
Süderdithmarschen	73 646	+ 0,0	+ 0,1	51	- 50	1	38	2	51
Südtondern	70 440	+ 1,2	+ 2,8	47	795	842	58	3	73
Schleswig-Holstein	2 485 262	+ 0,1	+ 1,2	1 552	1 927	3 479	1 414	79	2 007

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾						Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1967		
	Betriebe am 30. 6. 1967	Beschäftigte		Umsatz ⁴⁾ im Juni 1967 in Mill. DM	Kohle- verbrauch im Juni 1967 in t SKE	Heizöl- verbrauch in t	ins- gesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl am 30. 6. 1967	je 1 000 Einw. am 31. 3. 1967					Anzahl	je 1 000 Einw.
FLensburg	66	6 462	68	26,7	24	2 664	18 729	16 419	170
KIEL	170	30 865	116	113,7	267	1 519	53 582	46 861	174
LÜBECK	152	31 922	133	135,8	23 925	4 673	44 723	38 170	157
NEUMÜNSTER	59	9 693	137	26,5	437	679	14 811	12 778	173
Eckernförde	38	1 720	25	6,4	11	513	16 887	12 434	175
Eiderstedt	9	427	21	2,8	-	54	4 908	3 587	182
Eutin	48	3 694	39	16,2	351	514	21 176	16 598	176
Flensburg-Land	31	726	10	4,3	42	259	19 899	14 342	202
Hzgt. Lauenburg	101	8 276	60	30,7	341	1 632	32 002	24 638	177
Husum	22	1 243	19	7,4	2	91	16 724	12 017	183
Norderdithmarschen	34	1 376	24	3,6	39	1 154	14 694	10 654	177
Oldenburg (Holstein)	30	1 551	17	8,3	611	776	19 295	13 906	163
Pinneberg	261	22 904	90	126,8	417	7 570	54 970	45 847	180
Plön	55	2 525	22	14,8	208	656	27 532	20 596	177
Rendsburg	102	8 838	52	38,9	1 183	1 908	38 884	29 071	177
Schleswig	43	3 449	34	38,6	383	1 728	25 163	18 401	185
Segeberg	91	5 447	49	26,5	95	1 815	29 084	21 175	196
Steinburg	94	10 137	81	50,3	11 439	17 536	28 568	21 496	189
Stormarn	134	13 713	78	129,3	374	2 371	38 599	31 547	166
Süderdithmarschen	37	4 223	56	42,3	688	19 986	17 909	12 901	175
Südtondern	13	932	13	6,5	-	124	17 122	12 567	182
Schleswig-Holstein	1 590	170 123	69	856,3	40 837	68 222	555 261	436 005	176

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 5. 1967 2) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen
3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung) 4) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Kombinationskraftwagen
Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1967			Offene Stellen am 30. 6. 1967 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer Ende März 1967 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Juni 1967			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 3. 1967	Rindvieh am 2. 12. 1966	
		VZ 1939	Vorjahresquartal							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
	in %					in 1 000					
Schleswig-Holstein	2 478	+ 56	+ 1,3	12	14	223	92,9	14,5	1 661	1 393	511
Hamburg	1 844	+ 8	- 0,4	15	25	2	86,2	13,4	22	17	6
Niedersachsen	6 973	+ 54	+ 0,5	30	55	450	88,9	14,4	4 999	2 724	1 040
Bremen	750	+ 33	+ 0,7	5	7	2	78,5	13,8	11	17	5
Nordrhein-Westfalen	16 835	+ 41	+ 0,3	88	327	318	92,1	13,3	3 258	1 922	795
Hessen	5 244	+ 51	+ 0,9	32	125	135	82,7	11,7	1 290	925	384
Rheinland-Pfalz	3 616	+ 22	+ 0,6	12	34	96	77,7	10,8	745	760	298
Baden-Württemberg	8 537	+ 56	+ 0,7	60	282	237	75,1	9,5	1 936	1 898	828
Bayern	10 231	+ 44	+ 0,9	54	153	592	75,5	10,0	3 868	4 242	1 959
Saarland	1 132	+ 24	+ 0,2	2	16	11	77,8	11,8	68	73	31
Berlin (West)	2 178	- 21	- 0,7	16	17	1	10,6	14,7	.	3	2
Bundesgebiet	59 818	+ 39	+ 0,5	326	1 055	2 067	83,4	11,8	17 859^a	13 973	5 859

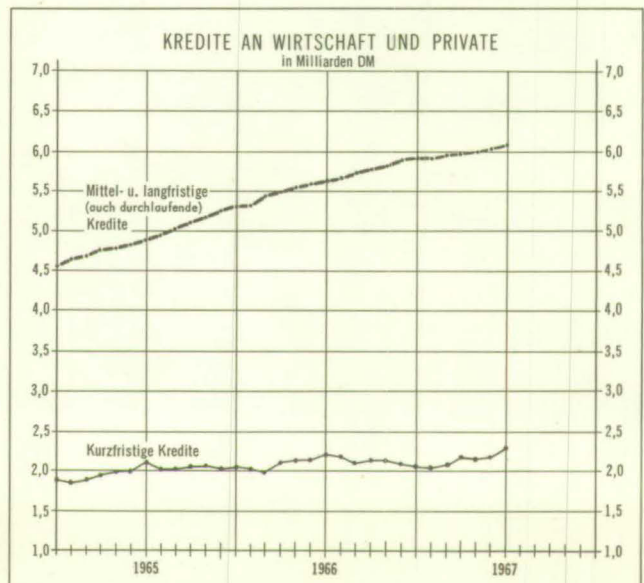
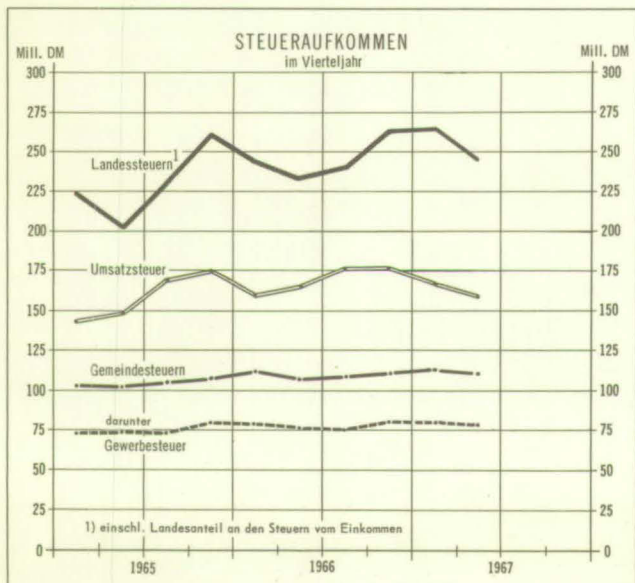
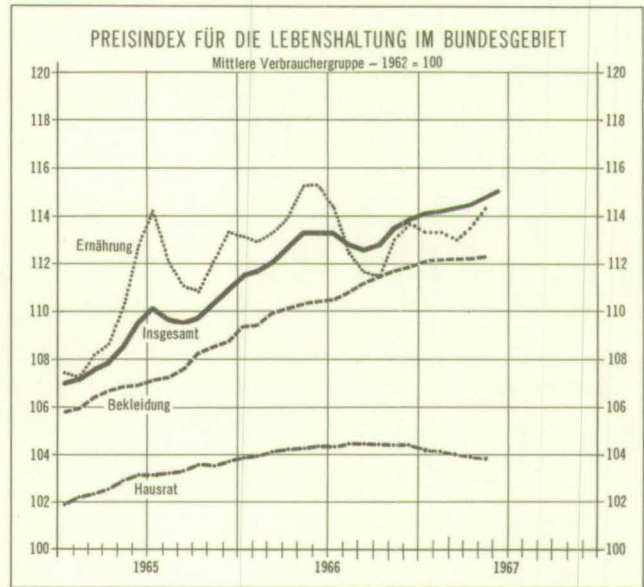
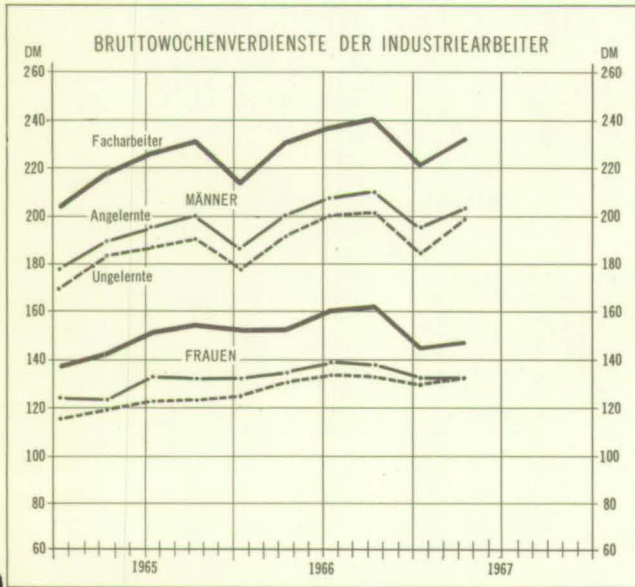
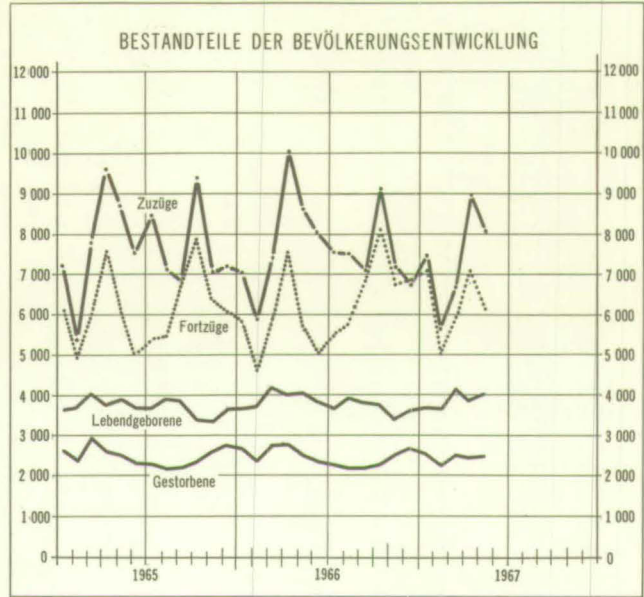
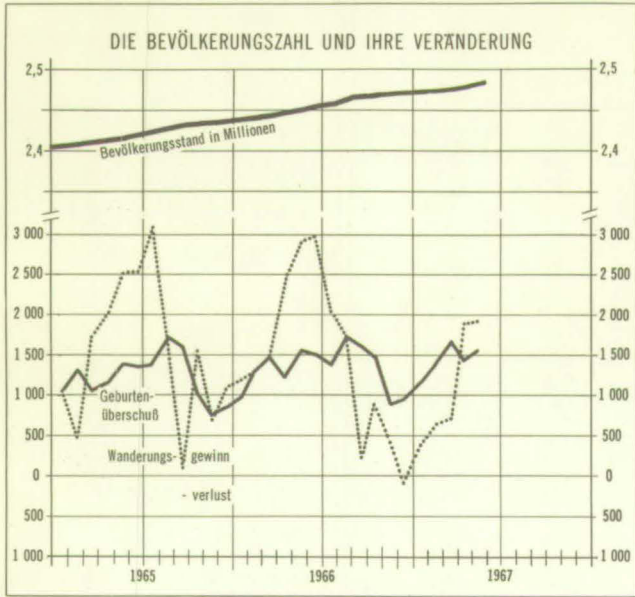
Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Mai 1967			
	Beschäftigte		Umsatz im April 1967		Produktionsindex ²⁾ im April 1967	Beschäftigte am 30. 4. 1967		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 30. 4. 1967	je 1 000 Einw. am 31. 3. 1967	Mill. DM	Auslandsumsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
	in 1 000										
Schleswig-Holstein	170	69	817	11,3	145	58	23	2 065	8,4	1 447	5,9
Hamburg	203	110	1 309	11,5	.	43	23	1 493	8,1	976	5,3
Niedersachsen	709	101	2 863	19,5	.	166	24	4 941	7,1	3 011	4,3
Bremen	93	125	496	11,3	.	20	26	532	7,1	249	3,3
Nordrhein-Westfalen	2 560	153	10 433	19,7	.	372	22	10 963	6,5	7 295	4,3
Hessen	675	130	2 508	21,7	174	136	26	3 840	7,3	1 494	2,9
Rheinland-Pfalz	364	101	1 588	23,2	231	83	23	2 475	6,9	1 362	3,8
Baden-Württemberg	1 424	168	5 041	19,9	156	214	25	5 958	7,0	4 489	5,3
Bayern	1 245	123	4 137	16,6	.	262	26	8 841	8,7	3 780	3,7
Saarland	155	138	435	33,3	.	22	20	559	4,9	833	7,4
Berlin (West)	258	119	961	14,0	.	45	21	1 254	5,7	867	4,0
Bundesgebiet	7 856	132	30 588	19,0	156	1 421	24	42 921	7,2	25 803	4,3

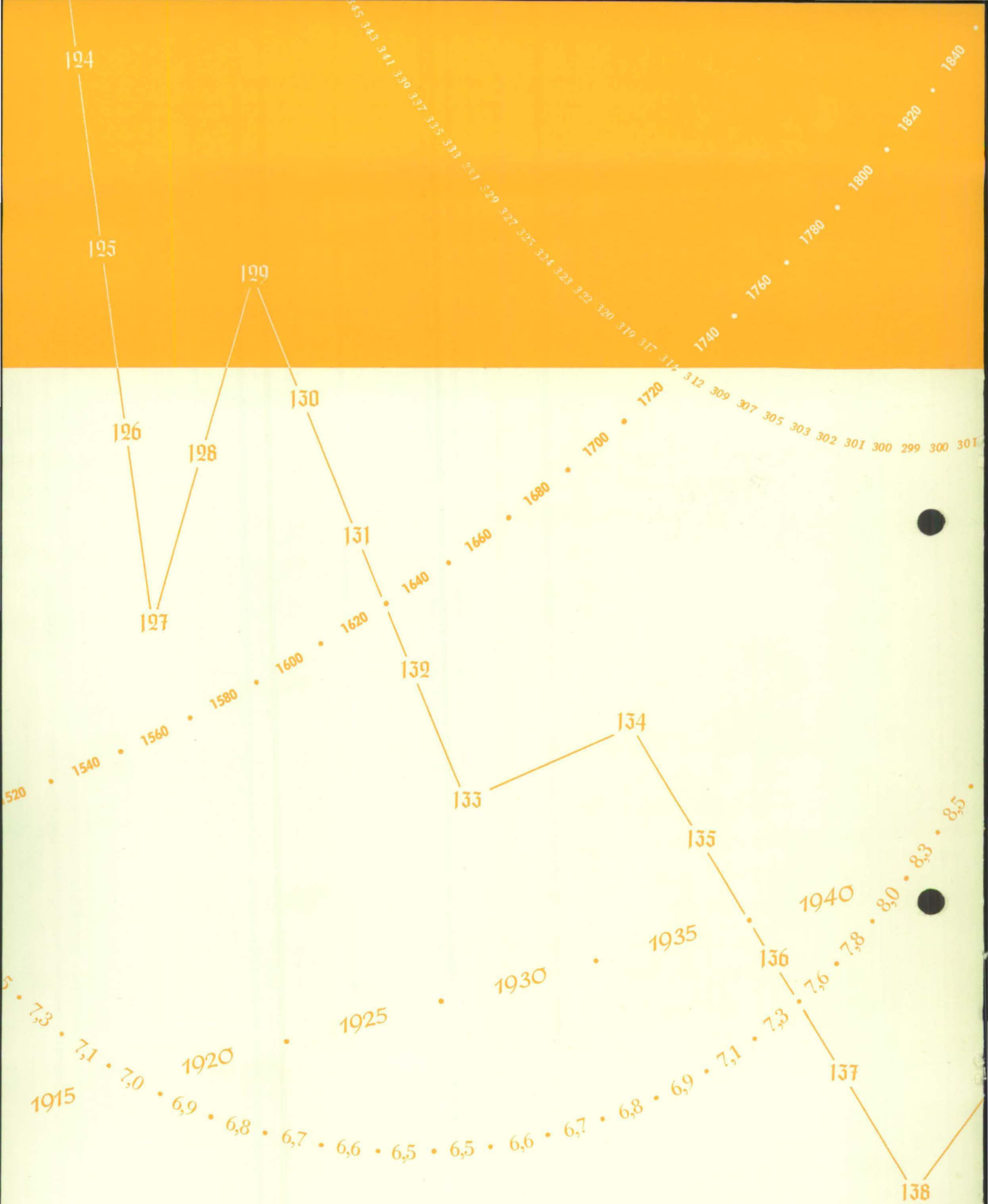
Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 7. 1966			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Mai 1967				Bestand an Sparanlagen ⁷⁾ am 31. 5. 1967 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 1. Vj. 1967		
	insgesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes- ⁸⁾	Bundes- ⁸⁾	Gemeinde-
		Anzahl	je 1 000 Einw. 5)					steuern in DM je Einw.			
	in 1 000										
Schleswig-Holstein	543	421	171	1 290	56	1 827	146	1 547	108	194	46
Hamburg	402	354	191	933	22	1 194	130	2 910	288	1 100	88
Niedersachsen	1 551	1 186	171	3 919	238	5 618	149	1 904	111	176	51
Bremen	147	126	169	349	7	420	122	2 206	190	545	77
Nordrhein-Westfalen	3 361	2 799	167	8 858	365	12 128	141	2 246	159	251	62
Hessen	1 217	965	185	2 783	143	4 051	151	2 251	180	209	65
Rheinland-Pfalz	807	601	167	1 899	92	2 848	155	1 857	112	165	51
Baden-Württemberg	2 013	1 551	182	4 072	198	5 910	150	2 243	175	231	59
Bayern	2 476	1 783	175	5 125	259	7 311	148	2 139	137	192	51
Saarland	213	171	151	523	23	725	143	1 695	102	145	36
Berlin (West)	367	323	147	1 132	20	1 446	130	1 623	98	376	67
Bundesgebiet	13 096	10 280	172	30 883	1 423	43 478	145	2 122	150	251	58

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft
 2) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt 3) ohne Bundespost und Bundesbahn, einschl. der stillgelegten Fahrzeuge 4) einschl. Kombinationskraftwagen 5) vorläufige Zahlen 6) vorläufige Zahlen (außer Schleswig-Holstein) 7) ohne Postspareinlagen
 8) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten a) ohne Berlin

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex, Beschäftigtenzahl und Umsatz der Industrie insgesamt; Index und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauwirtschaft und Ernährungsindustrie.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf: 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei KG, Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,- DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen